

Protokoll 2/2018

Grosser Gemeinderat von Zug

**Sitzung vom Dienstag, 20. März 2018, 17.00 – 20.25 Uhr, Kantonsratsaal,
Regierungsgebäude, Zug**

Begrüssung, Entschuldigungen und Traktandenliste

Ratspräsident Hugo Halter eröffnet die zweite Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrates auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelt Gäste.

Für die heutige Sitzung entschuldigt hat sich Gemeinderat Christoph Iten; die übrigen 39 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Ratspräsident Hugo Halter geht ohne Intervention aus dem Rat davon aus, dass dieser allfälligen Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung stillschweigend zustimmt.

Ergebnis:

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden.

Nr. Traktandum

1.	Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 1 vom 27. Februar 2018
2.	Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3.	Motion CVP-Fraktion vom 23. Februar 2018: Oberer Postplatz; sichere Verkehrsführung für die Zukunft Überweisung
4.	Motion Fraktion Alternative-CSP vom 26. Februar 2018: Erstellung eines bedürfnisorientierten Angebotsverzeichnisses für ältere Leute und deren Angehörige Überweisung
5.	Postulat Philip C. Brunner, SVP, Roman Burkard, FDP, Martin Eisenring, CVP, David Meyer, glp, vom 27. Februar 2018 betreffend Planung der SBB auf dem Areal Güterbahnhof Überweisung
6.	Postulat Stefan W. Huber und David Meyer, beide glp, vom 1. März 2018: Zug noch besser – Engagement im Taschenformat Überweisung
7.	Volksinitiative „Ja zu Gewerbe und Läden in der Altstadt“ Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2474 vom 27. Februar 2018
8.	Interpellation Fraktion Alternative-CSP vom 22. November 2017 zur geplanten Videoüberwachung zwischen Bahnhof und Bossard-Arena Antwort des Stadtrats Nr. 2473 vom 20. Februar 2018
9.	Mitteilungen

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 1 vom 27. Februar 2018

Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen. Die Traktandenliste gilt somit als stillschweigend genehmigt.

Zum Protokoll Nr. 1 vom 27. Februar 2018

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und demnach das Protokoll stillschweigend genehmigt ist.

2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

Motionen und Postulate

Postulat Stefan W. Huber und David Meyer, beide glp, vom 1. März 2018: Zug noch besser – Engagement im Taschenformat

Mit Datum vom 1. März 2018 haben die Gemeinderäte Stefan W. Huber und David Meyer, beide glp, folgendes Postulat eingereicht:

„Gemäss §41 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates reiche ich im Namen der grünliberalen Partei der Stadt Zug folgendes Postulat ein:

Der Stadtrat wird gebeten:

1. Die Einführung eines digitalen Mängelmelder - ähnlich der erfolgreichen "Züri wie neu"-App - in der Stadt Zug zu prüfen.
2. Mögliche Synergien mit bestehenden Systemen (z.B. digitale Identität) und weitere Anwendungen (z.B. E-Gouvernement) hinsichtlich des direkten Bürgerkontaktes im Rahmen einer solchen App zu prüfen.
3. Dem grossen Gemeinderat einen schriftlichen Bericht seiner Abklärungen und Vorschläge bezüglich der Einführung eines digitalen Mängelmelders vorzulegen.

Zürich lancierte im März 2013 als erste Schweizer Stadt einen digitalen Mängelmelder. Zürcherinnen und Zürcher können nun seit fast fünf Jahren mit der App "Züri wie neu" Littering oder Mängel der öffentlichen Infrastruktur bequem per Mobiltelefon melden. Die Meldungen inklusive Standortdaten werden direkt an die Stadtverwaltung übermittelt und können dort innerhalb von kurzer Zeit bearbeitet und angegangen werden. Mehr als 10'000 bearbeitete Meldungen und ein halbes Jahrzehnt Erfahrung in der Stadt Zürich haben gezeigt, dass das System, das Engagement, die Transparenz und Identifikation mit der Stadt fördert, es rege genutzt wird und vor allem funktioniert! Die damalige Innovation ist auch Jahre später noch ein voller Erfolg. Sowohl Bevölkerung als auch Stadt schätzen das transparente und (kosten-)effiziente System sehr. Die Möglichkeit zur direkten Mängelmeldung ist in Zürich kaum mehr wegzudenken und auch Luzern wird in naher Zukunft ein ähnliches System umsetzen. Die Stadt Zug sieht sich als Vorreiter und Hochburg im Bereich der digitalen Technologien und auch ihr sind die Probleme rund um Infrastruktur und Littering in der Öffentlichkeit bestens bekannt. Zug ist bereit für neue Wege. Die Stadt kann heute von den durchwegs positiven Erfahrungen in Zürich profitieren und demonstrieren, dass Zug die digitale Zukunft noch besser als anderswo kann!"

Ratspräsident Hugo Halter: Das Postulat ist heute unter Traktandum 6 zur Überweisung traktandiert.

Interpellationen

Interpellation Anna Spescha vom 28. Februar 2018: Pier 41

Mit Datum vom 28. Februar 2018 hat Gemeinderätin Anna Spescha folgende Interpellation eingereicht:

„Seit einigen Jahren gibt es das Restaurant Glashof nicht mehr, das Lokal wurde umgestaltet und heisst nun Pier 41. Die Lage neben der Bahnstufunterführung mag ideal sein fürs Gastgewerbe, doch ist es dies weniger für Pendlerinnen und Pendler. Seit längerer Zeit hat das Pier 41 nicht nur auf den Parkplätzen, sondern auch auf dem Gehweg zum Bahnhof Stühle und Tische aufgestellt. Dies ist eine Unannehmlichkeit für alle, die dort durchheilen müssen. Insbesondere dann, wenn viele Gäste mitten auf dem Weg stehen. Der Durchgang ist dadurch versperrt oder zumindest

stark verschmälert. Bei grösseren Pendlerströmen ist das Durchkommen erschwert. Da es sich um eine zentrale Durchgangsstelle zum Bahnhof handelt, stelle ich dem Stadtrat folgende Fragen:

1. Wie genau sind die Durchgangs- und Wegrechte in der Passage beim Pier 41 geregelt? Wieviel Raum steht für die Passanten, wie viel für das Pier 41 zur Verfügung?
2. Welche Auflagen zur Bestuhlung hat der Stadtrat dem Pier 41 gemacht?
3. Wie wird die Einhaltung der Vorgaben kontrolliert?
4. Ist der Stadtrat bereit, aktiv dafür zu sorgen, dass Fussgängerinnen und Fussgänger in Zukunft unbeeinträchtigt die Passage nutzen können?

Ich bitte um eine schriftliche Beantwortung meiner Fragen.“

Interpellation der SVP-Fraktion vom 9. März 2018: Der „Feuerteufel“ ist in Zug erwacht – was machen jetzt die „Engel“ im Stadthaus, um städtisches Eigentum vor Zerstörung zu schützen und zu bewahren?

Mit Datum vom 9. März 2018 hat Gemeinderat Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion folgende Interpellation eingereicht:

„Hiermit reicht die SVP Fraktion im GGR folgende Interpellation ein und bittet den Stadtrat um baldige Beantwortung unserer nachfolgenden Fragen.

Begründung:

Bekanntlich ist in der Nacht vom 5. März 2018 die unbewohnte Liegenschaft Schochenmühlestrasse 2 abgebrannt. Es entstand dabei ein sehr hoher Sachschaden in Mio.-höhe. Nähere interessante Informationen zu dieser unbewohnten städtischen Liegenschaft sind in der Vorlage „Gesamtsanierung Wohnhaus und Remise Schochenmühlestrasse 2; Baukredit - Bericht und Antrag des Stadtrats, G2016 vom 9.03.2009“ enthalten. Die effektive Ursache des Brandes ist zum heutigen Zeitpunkt der Öffentlichkeit unbekannt, es muss ein technischer Defekt vermutet werden. Bereits am 20. August 2017 brannte es im spanischen Vereinslokal in der Chollermüli, das Centro Espagnol. Die einfache Holzbaracke musste später ganz abgerissen werden. Ein technischer Defekt an einem Kühlschrank hätte das Feuer ausgelöst meldeten später die Zuger Strafverfolgungsbehörden. Bei beiden Vorfällen kamen zum Glück keine Personen zu Schaden.

Unsere Fragen: In diesem Zusammenhang stellen wir dem Stadtrat folgende Fragen zum Brandschutz in der Stadt Zug und zur Sicherheit unserer städtischen Immobilien ganz allgemein:

1. Im Zusammenhang mit der Jahresrechnung 2016 wurden Rückstellungen von CHF 12,0 Mio. für Auflagen der kantonalen Gebäudeversicherung gebildet und zurückgestellt. Welche bauliche Massnahmen sind in der Zwischenzeit im Jahre 2017/2018 im Detail (Objekt, Massnahmen, Summen) erfolgt? Welche Mittel sollen im abgelaufenen Rechnungsjahr 2017 für Brandschutzmassnahmen zurückgestellt werden?
2. Die Stadt Zug verfügt über einen beträchtlichen Immobilienbestand mit einem Versicherungswert von über CHF 865 Mio. und einem bilanzierten Buchwert von über CHF 323 Mio. (Stand 31.12.16)
Finanzvermögen: 67 Mio. (Brand-Versicherungswert) bzw. 103 Mio. (Buchwert)
Verwaltungsvermögen: 798 Mio. (Brand-Versicherungswert) bzw. 220 Mio. (Buchwert)
(Quelle Jahresrechnung 2016, Liegenschaftsverzeichnis per 31.12.2016, Seite 80 ff).
 - Welche städtische Objekte (inkl. Mietobjekte, welche Dritten gehören) verfügen bereits über eine professionelle Brandmeldeanlage?
 - Welche städtische Objekte sind (z.B. wegen einer Holzbauweise, oder Verwendung wie Restaurants) speziell gefährdet?

Wir bitten die aktuelle Situation mit Tabellen des bestehenden Liegenschaftsverzeichnisses zu dokumentieren und diese mit den gemieteten Objekten zu ergänzen.

3. Welche Sofortmassnahmen hat der Stadtrat zum Schutz gefährdeter Immobilien (z.B. in der Altstadt) beschlossen und welche weiteren Massnahmen plant er in diesem Zusammenhang mittel- und langfristig? Offenbar gibt es auch Immobilien, wie das Theater Casino Zug, wo die Auflagen der GVZ derart streng sind, (Publikumsverkehr) dass man je nach Immobilie von ganz verschiedenen Standards innerhalb des Portefeuille ausgehen muss. Teilt der Stadtrat diese Auffassung?
4. Gibt es weitere leerstehende, stark gefährdete Objekte (wie das Holz-MFH Schochenmühlstrasse 2), wo eine Überwachung, neben baulichen Massnahmen (z.B. Videokameras) auch durch regelmässige Kontrollgänge (evtl. Sicherheitsfirmen) angezeigt wäre?
5. Das Centro Espagnol wird offenbar gerade wieder in ähnlichem Art und Weise aufgebaut, wie die Situation vor dem Brand war, diesmal hoffentlich mit den entsprechenden Brandsicherheitsmassnahmen. Erwägt der Stadtrat auch den Wiederaufbau des zerstörten ältesten traditionellen Zugerbauern-Hauses (Baujahr 1799) auf Stadtboden, allenfalls an einem anderen Ort, ist doch der städtische landwirtschaftliche Umschwung mit 85'602 qm beträchtlich und ergibt ganz neue Möglichkeiten, neue Nutzungen. Diese Frage erfolgt, weil im Zusammenhang mit früheren Verlautbarungen des Stadtrates diverse Möglichkeiten zur Nutzung geprüft (von Asylunterkunft, über einen möglichen Quartiertreffpunkt, über die Museumsidee und zuletzt über die Abgabe im Baurecht an Private etc.) und dann immer wieder verworfen wurden.

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung dieser und weiterer Fragen zu diesem Thema. Wir bitten um schriftliche Beantwortung mit aussagefähigen Beilagen/Tabellen und verbleiben, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren."

Interpellation der Fraktion Alternative-CSP vom 16. März 2018: Motion „Bike to School“: Stand der Umsetzung nach zwei Jahren

Mit Datum vom 16. März 2018 hat Gemeinderätin Astrid Estermann namens der Fraktion Alternative-CSP folgende Interpellation eingereicht:

„Am 2. September 2014 hat die Fraktion Alternative-CSP die Motion betreffend Bike to School/Masterplan Velo eingereicht. Sie verlangte, dass die Stadt Zug in Zusammenarbeit mit dem Kanton die innerstädtischen Veloverbindungen, insbesondere zwischen den bevölkerungs- und kinderreichen Wohngebieten und den Oberstufenschulhäusern und der Musikschule, verbessert und diese sicher, komfortabel und direkt - soweit möglich - als eigentliche „Velobahnen“ gestaltet. Dazu sei ein „Masterplan Velo“ zu erstellen und umzusetzen. Am 2. Februar 2016 stellte der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat einen Bericht und Antrag zu. Für die Beantwortung der Motion wurde ein Bericht beim Ingenieurbüro SNZ aus Zürich in Auftrag gegeben und eine Begleitgruppe, bestehend aus Vertretern und Vertreterinnen des Kantons, der Stadt, der Motionäre und von Pro Velo Zug eingesetzt. Der Bericht enthielt eine aktuelle Bestandaufnahme der wichtigsten Schulwegrouten mit Lücken und Problemstellen. Der Stadtrat nahm sich vor, im Zusammenhang mit Bebauungsplanverfahren und anstehenden Strassensanierungen oder Tiefbauarbeiten die Lücken und Problemstellen vertieft zu prüfen und Verbesserungen umzusetzen. Im Bereich der Kantonsstrassen sei die Stadt Zug bei der Umsetzung von Massnahmen auf die Mitwirkung der Baudirektion des Kantons Zug angewiesen. Ausserdem stellte er in Aussicht, dass Problemstellen, die gemäss Ziff. 6 der Problemliste im Anhang zum Bericht des Ingenieurbüros SNZ als „einfach“ bezeichnet wurden, innerhalb der nächsten zwei Jahre zu bearbeiten und zu verbessern. Es handelte sich dabei um siebzehn Stellen. Als komplex bezeichnete er weitere drei Stellen, die in den nächsten zwei bis vier Jahren in Angriff genommen werden sollten. Der Grosse Gemeinderat beauftragte am Dienstag, 22. März 2016, den Stadtrat, sich an die Umsetzung der zahlreichen Einzelmassnahmen zu machen.

Da nun zwei Jahre vergangen sind, stellt die Fraktion Alternative-CSP folgende Fragen:

1. Welche Stellen, die gemäss Büro SNZ als «leicht» eingestuft wurden, konnten in den letzten zwei Jahren verbessert werden?
2. Welche Stellen wurden nicht bearbeitet oder umgesetzt und was sind die Gründe dafür?
3. Wo steht der Stadtrat mit der Bearbeitung der komplexen Problemstellen?
4. Wie gut war die Zusammenarbeit bisher mit dem Kanton bei der Umsetzung der Problemstellen?
5. Hat der Stadtrat geplant, das Velonetz der Stadt Zug generell einer vertiefteren Untersuchung von Schwachstellen zu unterziehen?
6. Mit welchen Massnahmen könnte die Anzahl der Velofahrenden am allgemeinen Verkehr erhöht werden? Was sind die Pläne des Stadtrates in diesem Zusammenhang?

Wir danken dem Stadtrat für eine schriftliche Beantwortung.“

Ratspräsident Hugo Halter: Alle Interpellanten verlangen die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen. Gemäss § 43 Abs. 2 hat der Stadtrat hierfür drei Monate Zeit.

3. Motion CVP-Fraktion vom 23. Februar 2018: Oberer Postplatz; sichere Verkehrsführung für die Zukunft Überweisung

Stadtrat André Wicki beantragt namens des Stadtrates, die Motion der CVP als Postulat entgegenzunehmen. Das Motionsrecht ist insoweit beschränkt, als ausschliesslich Gegenstände Inhalt sein können, die in die Zuständigkeit der Gesamtheit der Stimmberechtigten oder des Parlaments fallen. Angelegenheiten, die in den ausschliesslichen Aufgabenbereich des Stadtrats fallen, können nicht Gegenstand einer Motion sein. Hier hat der Stadtrat einen Volksentscheid umzusetzen. Es geht also um den Vollzug von in Rechtskraft erwachsenen Normen (verankert im Bebauungsplan). Diese Vollzugsaufgabe liegt in der Kompetenz des Stadtrates. Ein Teil dieser rechtlichen Grundlagen des Bebauungsplans hat der Stadtrat mit der Erteilung der Baubewilligungen für die neuen Gebäude am Postplatz bereits vollzogen. Nun geht es um den Vollzug der übrigen Bestimmungen. Der Auftrag an den Stadtrat, einen Baustopp zu erlassen und ein neues verkehrliches Projekt vorzulegen (Ziffern 1 und 2), ist daher nicht motionsfähig. Ein solcher Auftrag bedingt die Änderung des vom Stimmvolk beschlossenen Bebauungsplans, was nicht auf diesem Weg geschehen kann. Wenn, dann ist dies mit einer Initiative möglich, und die wurde entsprechend eingereicht mit dem Hinweis, was den unteren und nicht den oberen Postplatz betrifft. Der Auftrag, die im Bebauungsplan festgeschriebene Verkehrsführung zu überprüfen, kann als Postulat überwiesen werden. Motionsfähig ist hingegen die Unterführung, da diese eine grosse Investition erfordert und ein solcher Betrag nicht mehr in Stadtratskompetenz liegt. Der Stadtrat beantragt daher, die Motion bezüglich Baustopp nicht zu überweisen und die Überprüfung des Verkehrsregimes in ein Postulat umzuwandeln. Als Motion entgegengenommen werden kann die Prüfung einer Unterführung.

Benny Elsener: Die Motion der CVP Fraktion ist motionsfähig, von Stoppen ist keine Rede, das sieht man im Text, steht doch da nirgends etwas von diesem Ausdruck. Die CVP-Fraktion will nicht, dass heute etwas gebaut wird, was fast CHF 2 Mio. kostet, der Stadt Zug aber keinen Mehrwert verschafft, Darum sollen die Arbeiten vorerst nicht an Hand genommen werden. Wenn jemand vor sieben Jahren ein Haus geplant hat mit einer Ölheizung und heute weiss man, dass man heute mit Erdsonden arbeitet oder mit Solar etc., dann baut man auch nicht einfach ein Haus mit Ölheizung, sondern man ändert es. Daher ersucht Benny Elsener, diese Motion ist zwingend zu überweisen.

Astrid Estermann staunt, wenn die CVP-Fraktion sagt, sie hätten keine Forderung für einen Baustopp gestellt. Dabei steht, dass die Bauarbeiten nicht an die Hand genommen werden sollen. Das ist für Astrid Estermann dasselbe, es ist einfach ein anderer Wortlaut. Die Fraktion Alternative-CSP stellt Antrag auf Nichtüberweisung der Motion bzw. des allfälligen Postulats, wobei jetzt zu hören war, dass die Motion nicht in ein Postulat umgewandelt werden möchte. Die CVP schreibt in ihrer Motion, dass sich die Sachlage seit der Abstimmung zum Postplatz verändert hat. Stimmt das denn? Nach Meinung von Astrid Estermann hat sich bei der Verkehrsführung nichts verändert - es stimmt also nicht, auch wenn dies gewisse Kreise immer wieder behaupten – jedenfalls nicht so wesentlich, dass ein ganzer Bebauungsplan, der vom Stimmvolk beschlossen wurde, über den Haufen geworfen wird. Im Vorfeld zur Abstimmung zum Bebauungsplan Postplatz war bereits bekannt, dass das neue Parkhaus nur über die Zeughausgasse angefahren werden kann – die Verkehrsführung wurde im Vorfeld genau überprüft und bewusst der Zugang vom unteren zum oberen Postplatz gesperrt und die Parkfelder aufgehoben. Die Anzahl der Autos in der Innenstadt sind seit Jahren stagnierend und nicht zunehmend. Dass die Zeughausgasse nun in einem gemütlicheren Ambiente daherkommt, ändert nichts an der Tatsache, dass der Autoverkehr durch diese Gasse immer im Verkehrskonzept vorgesehen war. Astrid Ester-

mann geht auch nicht davon aus, dass die Forderung besteht, dass die Zeughausgasse nicht mehr von Autos befahren werden darf. Viele Autos fahren da auch durch, ohne einen Parkplatz am Postplatz anfahren zu wollen. Astrid Estermann ist ausserdem der Überzeugung, dass es nicht zu mehr Verkehr in der Zeughausgasse kommen wird mit der Eröffnung des Parkhauses: Das Parkhaus wird im Gegensatz zu den oberirdischen Parkplätzen auf dem Postplatz nur angefahren, wenn es auch Platz hat. Mit dem Parkhausleitsystem werden überflüssige Fahrten, wie sie heute mit den oberirdischen Parkplätzen stattfinden, nicht mehr vorkommen. Dieser Suchverkehr ist dann mit dem Wegfall der Parkplätze weg. Die Parkplätze im Parkhaus ermöglichen auch eine längere Verweildauer als die Kurzzeitparkplätze und ermöglichen dann auch endlich ein Verweilen in der Altstadt und seinen Läden. Für die Fussgänger und Velofahrer würde die Zeughausgasse sicherer, wenn endlich eine Begegnungszone mit Tempo 20 eingeführt würde, wie es der Stadtrat bei der Umgestaltung der Zeughausgasse vorgesehen hätte. Wenn jemand aus den bürgerlichen Parteien für eine Tempo 20 in der Zeughausgasse ist, soll er oder sie eine Forderung eingeben – Astrid Estermann würde sie sofort unterstützen oder sogar schreiben und mitunterzeichnen. Man darf sich gerne bei ihr melden. Ausserdem wird der Postplatz für Fussgänger und Velofahrende überhaupt nicht sicher, wenn wieder die Autos quer über den Platz fahren können – im Gegenteil: Dann wird die Fläche für den Autoverkehr wieder vergrössert. Damit die Fussgänger und Velofahrenden sicher über den Postplatz kommen, schlägt die CVP vor, eine Unterführung zu bauen. Abgesehen davon, dass eine solche Unterführung viel Platz und unglaublich hohe Kosten verursachen würde – sie müsste auch behindertengerecht gestaltet sein - wäre sie total an den Bedürfnissen der Zielgruppe vorbeigeplant: Velofahrende und v.a. Fussgänger akzeptieren Unterführungen schlecht: Sehr gute Beispiele sind die Unterführungen vom Bahnhof zum Metalli und die Unterführung vom Bahnhof zum L&G-Gelände. An beiden Orten werden die oberirdischen Varianten um ein Vielfaches mehr genutzt. Daher ersucht Astrid Estermann, die Motion oder allenfalls doch noch das Postulat nicht zu überweisen. Die CVP gibt sich mit ihren Ideen als innovativ und überlegt - und vergisst dabei: Die Verkehrsplanung hat damals die Verkehrsflüsse gut studiert und bereits eine effiziente, sichere und damit auch ein zeitgemässes Projekt vorgelegt.

David Meyer: Man hat in den letzten zehn Jahren keinen besseren Vorschlag entwickelt als der, welcher jetzt vorliegt. Das könnte an die Adresse des Stadtrates gehen. Tut es aber nicht, sondern es geht an die Adresse der Motionäre im GGR. Heute, fünf vor Eröffnung des Parkhauses zu erwachen, sich nochmals in Denkerpose zu werfen, erneute Reflexion. Zaudern, ignorieren, alles in die Länge ziehen, das ist nicht opportun. Zehn Jahre warten war genug. Die Grünliberalen stellen deshalb Antrag auf Nicht-Überweisung.

Anna Spescha: Die Motion der CVP-Fraktion behindert die Umsetzung des Volksentscheides von 2008 und eine attraktive Gestaltung des oberen Postplatzes. Es wurde in den letzten Jahren sehr viel über die Parkplätze auf und rund um den Postplatz diskutiert, ebenso wie vor über 25 Jahren viel über die Parkplätze am Landsgemeindeplatz diskutiert wurde. Heute zeigt sich, dass der Landsgemeindeplatz und seine verkehrsfreie Nutzung ihn sehr attraktiv machen und das Gewerbe rundherum davon enorm profitiert. Das Gewerbe hat jetzt genau wie vor über 25 Jahren Angst, obwohl im Parkhaus Postplatz insgesamt 100 öffentliche Parkplätze, bzw. 40 neue geschaffen wurden. Die Motion der CVP blockiert jedwede neue Nutzung des oberen Postplatzes und somit auch die Chance, alle Bedenken aus dem Weg zu räumen. Das Parkhaus wird bald eröffnet und dann wird sich sowieso zeigen, ob sich das Verkehrskonzept nach wie vor bewährt, dafür braucht es diese Motion nicht. Das schöne Post-Gebäude steht mitten in einem Umnutzungsprozess. Dies könnte wunderbar mit einer neuen Gestaltung des oberen Postplatzes harmonieren. Mit der ganzen Umgestaltung und Umnutzung der Hauptpost, des oberen sowie des unteren Postplatzes kann ein attraktiver und lebendiger Ort geschaffen werden. Das Gewerbe

wird davon auch profitieren, ebenso wie es bei der Aufhebung der Parkplätze beim Landsgemeindeplatz profitiert hat. Die Motion der CVP Fraktion kommt mindestens ein halbes Jahrzehnt zu spät, alles wurde schon fünf Mal diskutiert und geprüft. Natürlich ist es ein grosser Schritt, die oberirdischen Parkplätze aufzuheben und diesen zentralen Platz neu zu gestalten. Man darf heute nicht ängstlich sein und alles blockieren, was das "Herzstück dieser Stadt" so gestaltet, dass es "seiner Aufgabe als Bindeglied zwischen «alter» und «neuer» Stadt gerecht wird und heutigen wie auch künftigen Generationen Freude bereitet!", wie es in der CVP-Motion heisst. Zudem ist die Idee einer Unterführung eine Idee aus dem letzten Jahrhundert und garantiert nicht mehrheitsfähig. Dies zeigt die teure und schlecht genutzte Unterführung bei der Metalli. Der Stadtrat hat bereits ausgeführt, dass dieses Anliegen der CVP-Fraktion nicht motionsfähig ist. Die SP-Fraktion unterstützt die Umwandlung in ein Postulat sowie die Nicht-Überweisungsanträge, egal ob Motion oder Postulat. „Seien wir heute mutig und lassen wir die Umnutzung des oberen wie auch unteren Postplatzes zu, damit der eigentlich schönste Platz der Stadt Zug endlich wieder zur Geltung kommt.“ Vor zehn Jahren wurde ein Kompromiss geschlossen und die 100 neuen öffentlichen Parkplätze wurden realisiert. Jetzt gilt es auch die andere Seite 'des Volksentscheides einzuhalten die oberirdischen Parkplätze aufzuheben. Die Stadt Zug wird dadurch gewinnen, deren Einwohnerinnen und Einwohner ebenso wie das Gewerbe.

Martin Eisenring bezieht sich zuerst auf den Antrag des Stadtrates, wonach die Motion nicht motionsfähig sei. Martin Eisenring vermisst hier die konkreten Bestimmungen des Bebauungsplanes, aufgrund derer das nicht möglich sein soll. Es wird pauschal der Vorwurf gemacht, sie sei nicht motionsfähig. Das genügt der CVP-Fraktion nicht, weshalb sie an der Motion festhält. Inhaltlich erstaunt es Martin Eisenring, dass diese Motion auf so viel Gegenwind stösst, schliesslich geht es auch darum, hier den Postplatz schön zu gestalten für die Stadt, für alle, die in der Stadt sind. Die Motionäre wollen überhaupt nicht, dass der Postplatz nur noch von Autos besetzt ist, sondern es geht darum, eine vernünftige Verkehrsführung zu ermöglichen. Es kann doch nicht sein, dass die Parkplatzsuchenden oder jene, die in das Parkhaus Postplatz gehen, durch die ganze Stadt fahren müssen. Jetzt ist die Zeughausgasse mit den Bsetzsteinen neu gestaltet, das ist ein sehr lauter Belag. An sich macht es aus dieser Sicht keinen Sinn, über diesen lauten Belag in dieser schmalen Strasse durchzufahren und dies neu als Hauptverkehrsachse zu etablieren. Es macht auch keinen Sinn, dass der Verkehr hoch bis ins Metalli-Centers und wieder zurück geschickt wird. So wird zusätzlicher Autoverkehr kreiert. Jedes Auto, das nordwärts und wieder runter fährt, das fährt 500 bis 800 m ohne dass das notwendig wäre. Damit wird der CO₂-Ausstoss erhöht und man wird sich auch vom Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft entfernen, wenn man dem nicht stattgibt. Es geht hier wirklich darum, auch für eine saubere Luft in der Stadt zu sorgen. Die Motionäre wollen nicht, dass sich das Bauprojekt lange verzögert. Die Schwächen des gewählten Konzeptes zeigen sich nun. Auch beim späteren Traktandum mit der Initiative zeigt sich, dass dieses Projekt wirkliche Schwächen hat. Es geht den Motionären darum, den Fächer nochmals zu öffnen und zuerst die grauen Zellen zu aktivieren und nachher zu betonieren und nicht umgekehrt. Der CVP-Fraktion ist es ebenfalls wichtig, einen attraktiven Postplatz und ein attraktives Zentrum in der Stadt zu schaffen. Das war der Hintergrund, weshalb diese Motion so eingereicht wurde.

Jürg Messmer: Ob die Motion motionsfähig ist oder wie der Stadtrat sagt, nicht, das wagt Jürg Messmer zu bezweifeln. Jürg Messmer erinnert an die Motion Birchmeier, Bruhin, Umbach und Halter, wo es um den Gesellschaftsraum im Parktower ging. Auch dies war ein Projekt, das in einem Bebauungsplan fixiert war. Wenn man das Protokoll Nr. 7 aus dem Jahre 2016 nachliest, sieht man: Dort hat niemand in diesem Saal - weder Stadtrat noch GGR – die Motionsfähigkeit irgendwie in Frage gestellt. Es wurde damals kein Antrag für Umwandlung in ein Postulat gestellt. Inhaltlich gilt es um dasselbe, nämlich um einen Bebauungsplan, in dem man nun etwas

ändern will. Die SVP-Fraktion ist klar der Ansicht, dass das Anliegen der CVP-Fraktion motionsfähig ist. Die SVP-Fraktion wird das daher auch einheitlich unterstützen.

Benny Elsener wollte eigentlich nur zur Überweisung reden, aber offensichtlich stehen die Vorredner von der linken Seite im Jahre 2011. Im September 2011 beauftragte nämlich die Stadt in einem Wettbewerb und Studienauftrag, 5 Landschaftsarchitekten für den oberen und unteren Postplatz ein Projekt zu erarbeiten. Zu diesem Zeitpunkt träumten noch alle vom Stadttunnel und der Tenor war klar: Auf dem Postplatz soll es eine Begegnungszone, ohne jeglichen Verkehr geben, logisch der Verkehr ist ja unter dem Boden, eben im Stadttunnel. In keiner Weise und in keinem Projekt war die Zufahrt ins Parkhaus ein Thema! Benny Elsener verweist auf das Entwicklungskonzept 2006 mit Stadttunnel und der Postplatz als Begegnungszone und auf die Beurteilungen der Studienaufträge von 2011. Heute weiss man mehr, man weiss, es wird nie in der Stadt Zug einen Stadttunnel geben. Man weiss auch, dass man vor sieben Jahren ein Projekt bewilligt hatte, welches unter einer ganz anderen Voraussetzung, doch heute umgesetzt werden soll. Und das ist der springende Punkt. Die Hauptverkehrsachse bleibt: Neustadtstrasse – Bahnhofstrasse und Vorstadt – Neustadtstrasse. Also ist das Projekt aus dem Jahr 2011 überaltert und entsprechend fehl am Platz. Es ist schon viel über den Postplatz gesprochen worden. Benny Elsener findet es auch schade, dass es jetzt Leute gibt, die einfach sagen: hören wir endlich auf, bauen wir und fertig! Benny Elsener tut es leid, wenn man zuschaut, wie hier etwas gebaut wird, das absolut nichts bringt. Es bringt keine Begegnungszone, denn wer will sich auf diesem Postplatz aufhalten – Benny Elsener geht 100 Meter und macht das beim See. Darum ist die Motion der CVP Fraktion zwingend zu überweisen.

Monika Mathers: Die CVP-Fraktion hat von grauen Zellen gesprochen. Die hätte man vor zehn Jahren aktivieren können bei der Abstimmung über den Bebauungsplan Post. Monika Mathers geht es aber um etwas ganz anderes – ein Thema, warum Monika Mathers diese Motion oder dieses Postulat auf keinen Fall überweisen möchte. Wer im südlichen Teil der Stadt Zug lebt, weiss, was es heisst, durch die Stadt durchfahren zu müssen, sei es mit dem Auto oder dem ÖV. Vor einigen Jahren wurde das Verkehrssystem hier geändert, indem man nicht mehr über den Postplatz fahren konnte. Es brauchte also weniger Lichtsignalanlagen und weniger Phasen, wodurch der Verkehr vom Süden her massiv verflüssigt wurde. Mit dem Postulat oder der Motion der CVP-Fraktion ist das wieder Makulatur. Will man das? Für viel Geld ist an der Artherstrasse eine Pförtneranlage gebaut. Sie würde nicht mehr reichen, wenn man am Postplatz nicht mehr durchfahren könnte. Es geht auch noch um die Rechtssicherheit. Jürg Messmer hat Recht, schon die Geschichte mit dem Parktower fand Monika Mathers unschön. Will man jetzt jeden Bebauungsplan nach Jahren wieder ändern? Wo ist dann die Rechtssicherheit, wer kann sich dann auf einen Bebauungsplan überhaupt noch verlassen? Monika Mathers ersucht daher deswegen und auch weil zurzeit als dieser Postplatz geplant wurde, der Stadttunnel vom Kantonsrat auf letzte Priorität auf 2040 verschoben worden war. Schon aus diesem Grund: "Warten Sie jetzt doch und lassen Sie das mal funktionieren, und dann schauen wir, ob man vielleicht noch korrigieren muss. Diese Durchfahrt aber mit mehr Unterbrüchen zu opfern, das wäre viel schlimmer als alles andere."

Urs Bertschi: Man darf sich ohne weiteres bewusst sein: ohne diese rückwärtsgewandte Parkplatzdiskussion gäbe es diese Motion auch nicht. Solange aber der Bebauungsplan, den das Volk 2008 mit überwiegender Mehrheit verabschiedet hat, gilt, hat diese Motion keine Berechtigung. Es ist nämlich entgegen den Ausführungen der Vorredner keine Gestaltungsmotion, es ist eine reine Zudiener- und Verhinderermotion – nichts anderes. Falls die Initiative, die heute später noch diskutiert wird, durchkommen sollte, bleibt ohnehin kein Raum für diese Motion. Dann wird ein neuer Bebauungsplan erarbeitet inkl. der ganzen Verkehrsführung. Insofern würde man

hier bloss vorzeitig Wasser in den Rhein tragen. Und das macht überhaupt keinen Sinn. Wenn man, wie Martin Eisenring sagt, von Schwächen spricht, Schwächen des gewählten Konzeptes ausmerzen, wenn man die Verkehrsführung heute anschaut, dann ist es das einzige Konzept, das sich in dieser Stadt bis anhin bewährt hat. Auch punkto Verkehr erinnert Urs Bertschi daran: Zug ist zweifelsohne nicht New York City oder sonst irgendeine Grossstadt. Die hiesigen Verkehrsflüsse bewegen sich absolut im Rahmen des Zutraglichen. Man kann mit Fug und Recht davon ausgehen, dass man an der Ägeristrasse nicht Schlange steht, bis man Einlass ins Parkhaus Postplatz finden wird. Da werden sich keine Verkehrsströme über die Zeughausgasse wälzen. Urs Bertschi geht davon aus, dass der vereinigte Bürgerblock bei diesem Traktandum wie auch bei der Initiative eh macht, was er will, sei es noch so unvernünftig.

Abstimmung

über den Antrag der Fraktion Alternative-CSP für Nichtüberweisung:

Für den Antrag der Fraktion Alternative-CSP stimmen 15 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 21 Ratsmitglieder

Ergebnis:

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass die für die Nichtüberweisung erforderliche 2/3-Mehrheit mit 15 Jastimmen nicht erreicht und somit die Motion an den Stadtrat überwiesen ist. Dieser hat ein Jahr Zeit für Bericht und Antrag.

Ratspräsident Hugo Halter: Es liegt ein weiterer Antrag, nämlich Umwandlung in ein Postulat durch den Stadtrat, vor. Auch darüber muss abgestimmt werden. Die Motionäre lehnen die Umwandlung ab.

Martin Eisenring: Ist die Motion nicht bereits überwiesen?

Ratspräsident Hugo Halter: Richtig.

4. Motion Fraktion Alternative-CSP vom 26. Februar 2018: Erstellung eines bedürfnisorientierten Angebotsverzeichnisses für ältere Leute und deren Angehörige Überweisung

Stadtrat Urs Raschle: Stadtrat: Auch bei diesem Traktandum schlägt der Stadtrat vor, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Massnahmen, welche in den Aufgabenbereich des Stadtrates bzw. die Organisation der Verwaltung betreffen, sind nicht motionsfähig. Bei diesem Punkt handelt es sich vorliegend um eine reine Vollzugsaufgabe des Stadtrates gemäss § 84 Abs. 1 des Gemeindegesetzes.

Tabea Zimmermann ist einverstanden mit der Umwandlung in ein Postulat.

Stefan Huber bezieht sich nochmals auf Traktandum 3 und findet es wichtig, dass zuerst über die Umwandlung in ein Postulat abgestimmt wird und erst dann über die Überweisung. Stefan Huber wurde soeben aufgeklärt, dass eine Motion eine direkte Gesetzesänderung ist und ein Postulat ein Vorschlag zur Prüfung. Daher findet Stefan es wichtig, zuerst zu entscheiden, ob man eine direkte Gesetzesänderung will oder ob man zuerst will, dass der Stadtrat prüft.

Ratspräsident Hugo Halter nimmt das so entgegen. Es handelt sich hier um einen Rückkommensantrag. Wird dieser gutgeheissen, kommt man nochmals auf Traktandum 3 zurück.

Monika Mathers: Das war ein Verfahrensfehler. Braucht es daher ein Rückkommen?

Ratspräsident Hugo Halter: Der Stadtschreiber meldet, dass das nicht ganz klar geregelt sei. Trotzdem will man formell korrekt sein, weshalb Ratspräsident Hugo Halter ersucht, dem Rückkommensantrag zuzustimmen. Es wird aber trotzdem jetzt darüber abgestimmt.

Abstimmung

über den Ordnungsantrag von Stefan Huber für Rückkommen auf Traktandum 3:
Für den Ordnungsantrag stimmen 23 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 14 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass der GGR mit 23:14 Stimmen den Rückkommensantrag von Stefan Huber gutgeheissen hat.

Abstimmung

über den Antrag des Stadtrates bezüglich Umwandlung der Motion in ein Postulat:
Für den Antrag des Stadtrates stimmen 17 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 21 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass der GGR mit 17:21 Stimmen den Antrag des Stadtrates für Umwandlung der Motion in ein Postulat abgelehnt hat.

Abstimmung

über den Antrag der Motionäre für die Überweisung als Motion:
Für die Überweisung der Motion stimmen 21 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 15 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass der GGR mit 21:15 Stimmen die Motion an den Stadtrat überwiesen hat. Dieser hat nun zwölf Monate Zeit für Bericht und Antrag.

Ratspräsident Hugo Halter fährt nun mit Traktandum 4 betr. Überweisung des Postulates fort.

Peter Rütimann: Die Situation der älteren Leute in der Gesellschaft hat sich in den letzten 50 Jahren merklich verändert. Peter Rütimann gehört mittlerweile auch dazu. Viele der Pensionäre sind insbesondere körperlich noch recht fit, werden älter und wünschen sich möglichst lange unabhängig in ihrer gewohnten und vertrauten Umgebung zu leben. Veränderungen der Lebenssituation, hauptsächlich die Gesundheit, werfen jeweils bei den Betroffenen sowie bei deren Angehörigen Fragen auf, wie und mit welchen Mitteln die neue Situation angegangen werden sollen. Viele Institutionen und Organisationen wie Familienhilfe, pro Senectute, Spitex, Krebsliga, Hospiz, Exit, etc. bieten Beratungen und bedürfnisgerechte Lösungen an, notabene nicht alle gratis. Im Weiteren bietet die Stadt Zug im Departement SUS (Soziales - Umwelt - Sicherheit) in der Abteilung Soziale Dienste, und hier notabene gratis, Beratungen für die ältere Bevölkerung an. Das ist eine Kernaufgabe und ist einfach erreichbar über www.stadtzug.ch oder auch im Zuger Amtsblatt. Es ist zu prüfen, ob die Koordination der Unterstützungsmöglichkeiten im Alter mit den privaten Organisationen optimiert werden kann, um daraus ein Angebotsverzeichnis inkl. Kosten-Hinweisen zu erstellen. Dazu braucht es aber keine Motion, das kann ebenso gut mittels Postulat erledigt werden. Im Namen der FDP-Fraktion beantragt Peter Rütimann, diese Motion in ein Postulat umzuwandeln und dann zu überweisen.

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass kein Antrag auf Nichtüberweisung als Postulat vorliegt und somit die Motion in ein Postulat umgewandelt und stillschweigend an den Stadtrat überwiesen ist. Dieser hat ein Jahr Zeit für Bericht und Antrag.

5. **Postulat Philip C. Brunner, SVP, Roman Burkard, FDP, Martin Eisenring, CVP, David Meyer, glp, vom 27. Februar 2018 betreffend Planung der SBB auf dem Areal Güterbahnhof Überweisung**

David Meyer spricht nicht zum Inhalt, sondern zum Vorgehen: Die Unterzeichneten haben bewusst die Form des Postulats und nicht der Motion gewählt, weil die Sache eilt, d.h. der Stadtrat sollte unverzüglich handeln. Denn der Bericht und Antrag des Stadtrates zur Motion Vollenweider (Ökihof) enthält einen Zeitplan für die Ausarbeitung eines Masterplans für das Quartier Güterbahnhof. Nach diesem Plan sollten schon in den nächsten Monaten Planungsbüros in einem Wettbewerbsverfahren beauftragt werden. Dies kann nicht geschehen, ohne dass der Stadtrat zuvor auf die SBB zugeht, wie das im Postulat empfohlen wird. Diese «Einladung an die SBB», wie dies im Postulat genannt wurde, ist nicht eine informelle Kontaktnahme, sondern beinhaltet den Einbezug der SBB als Partner in das Verfahren Quartierplan Güterbahnhof. Das heisst u.a., dass die Beauftragung Dritter für Abklärungen, Vorplanungen etc. nicht ohne diesen Partner erfolgen sollte. Es ist erklärtes Ziel der Postulanten, der nächsten Ortsplanrevision 2019 den Weg freigeräumt zu haben sodass eine Überbauung der Geleise grundsätzlich möglich ist. Die Postulanten, die mit der SBB in dieser Sache im Kontakt stehen, sind bereit, den Stadtrat bei diesen sofort anzugehenden Schritten zu unterstützen.

Stadtrat André Wicki stellt keinen Antrag auf eine Umwandlung in eine Motion. Der Stadtrat begrüsst das Postulat. Es gab schon mal die Motion von Willi Vollenweider betr. Stärkung des Stadtrates durch den GGR. So wurde es auch entsprechend entgegen genommen. Es ist städtebaulich auch das Anliegen des Stadtrates, dass die Nord-Süd-Achse auch durch die Ost-West-Achse-Unterführung gestärkt wird. Deswegen ist der Stadtrat auch laufend in Kontakt mit der SBB.

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt ist und somit das Postulat stillschweigend an den Stadtrat überwiesen ist. Dieser hat ein Jahr Zeit für Bericht und Antrag.

**6. Postulat Stefan W. Huber und David Meyer, beide glp, vom 1. März 2018: Zug noch besser – Engagement im Taschenformat
Überweisung**

Das Wort wird nicht verlangt.

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass das Postulat stillschweigend an den Stadtrat überwiesen ist. Dieser hat ein Jahr Zeit für Bericht und Antrag.

7. Volksinitiative „Ja zu Gewerbe und Läden in der Altstadt“

Es liegt vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2474 vom 27. Februar 2018

Stadtpräsident Dolfi Müller spricht vorläufig nur zum Juristischen und fände es gut, wenn dieses Thema jetzt gerade abgehandelt würde, erspart man sich doch damit möglicherweise gewisse Diskussionen. Es ist tatsächlich so, dass man diese Initiative hier im GGR direkt zum Beschluss erheben kann. Der GGR ist also berechtigt, diese Initiative direkt zum Beschluss zu erheben, wenn er dem Inhalt zustimmt. Der Stadtrat ist in seinem GGR-Beschluss Ziff. 1 zu einem anderen Schluss gekommen. Er hat gesagt: Wenn eine Sache mal vom Volk angenommen wurde, dann ist es nur richtig, wenn es auch das Volk wieder anders dreht und nicht der GGR allein. Darum hat der Stadtrat die Ziff. 1 im GGR-Beschluss so formuliert. Wenn nun der GGR diese Sache direkt zum Beschluss erheben will, dann muss er einen Gegenantrag stellen, da der Antrag hier formuliert ist im Sinne: kommt vors Volk. Diese Geschichte ist initiativfähig, was die Gültigkeitsprüfung klar gezeigt hat. Darum ist der Beschluss des GGR auch referendumsfähig. 14 Personen hier im Rat können also das Behördenreferendum ergreifen, und dann kommt die Geschichte eben doch vors Volk. Man könnte ja auch auf die Strasse gehen und diesen Beschluss dann wieder mit 500 Unterschriften anfechten. Stadtpräsident Dolfi Müller ist sich nicht ganz sicher, ob die Verfassungsväter sich über diese Pirouetten und doppelten Rittberger freuen würden. Aber nun etwas ziemlich Wichtiges: Wenn die Initiative gutgeheissen wird – ob vom GGR oder schlussendlich vom Volk – dann ist noch nicht viel passiert. Das ist dann eine allgemeine Anregung. Sie wirkt wie eine Art Volksmotion, welche dem Stadtrat den Auftrag gibt, den bestehenden Bebauungsplan mal näher anzuschauen. Dieser ist relativ sauber in Ziff. 7 des Bebauungsplanes formuliert. Dann beginnt man wieder beim Punkt null. Das Baudepartement und der Stadtrat werden dann eine neue Version dieses Bebauungsplantextes bringen. Dieser neue Text muss aber vorher durch die Vorprüfung beim Kanton gehen. Das ist das Prozedere der Bebauungsplanänderung, da gibt es nichts zu deuteln. Es braucht auch noch zwei Lesungen im GGR usw. Es kann dann doch gut zwei Jahre dauern, bis dann der neue Bebauungsplan wieder hier im Rat behandelt wird. Da könnte man mit diesem neuen Bebauungsplan wieder das Behördenreferendum ergreifen. Dann ist man nicht mehr beim doppelten Salchow, sondern schon beim dreifachen Rittberger, der ziemlich schwierig zu springen ist. Das kann man sich aber in Zug alles leisten, das ist einfach so. Stadtpräsident Dolfi Müller kann es nun aber noch etwas schwieriger machen: Es wäre auch noch denkbar, dass jemand sagt, dieser Bebauungsplan sei erlassen worden, da könnte man ja auch ein Rechtsmittel ergreifen bzw. den juristischen Weg beschreiten und beispielsweise sagen: wenn er abgeändert ist, bringt er dann noch die Vorteile, die so ein Bebauungsplan gemäss KBG bringen muss? Man hat sehr viele Ausnützungsziffer-m2 realisieren können. Sind aber die Vorteile noch gewährt, wenn die Parkplätze bestehen bleiben? Das könnte man juristisch anschauen und nochmals ein Jahr verlieren. Das muss aber nicht sein. Aber nun der zentrale Punkt: Der alte Bebauungsplan ist sehr sauber und klar formuliert, und kein Wischi-Waschi. Stadtpräsident Dolfi Müller wiederholt gerne nochmals: In dem Moment, wenn das Parkhaus Ende April 2018 eröffnet wird, müssen sofort die 35 Parkplätze auf dem Postplatz und daneben aufgehoben werden. Innerhalb eines Jahres folgt die zweite Etappe. Von daher ist der Bebauungsplan so deutlich wie nur etwas. Die Linken haben es damals gemerkt und haben gesagt, dass er sehr genau formuliert werden müsse, weil sonst genau das passiere, was nun doch passiert. Und jetzt der allerwesentlichste Punkt: Solange der neue Bebauungsplan, der jetzt auf eine lange Reise geht, nicht in voller Rechtskraft erwachsen ist, gilt der bestehende Bebauungsplan. An diesem Bebauungsplan ist man voll und ganz gebunden – auch die nächsten ein oder zwei Jahre noch. Das hat nichts mit Politik zu tun, sondern einzig und allein mit Rechtsstaat. Stadtpräsident Dolfi Müller stellt die Schweiz als Rechtsstaat nicht in Frage. Da kann man auch tausend Motionen überweisen, der

Stadtrat und hier alle sind an diesen alten Text gebunden. Daher ist diese Motion – ob man das Anhandnehmen oder Baustopp nennen will ist völlig egal – nicht gültig. Der Stadtrat macht nach dem hier geltenden Bebauungsplan weiter. Man kann nun sagen, das sei undemokratisch. Der Rechtsstaat steht aber über der Politik, das ist leider so. An diesen Rechtsstaat hält sich der Stadtrat. Das ist die Kernbotschaft. Dass diese Meinung richtig ist, wird jedermann bestätigen: Rechtsstaat bleibt das Kernelement. Wenn schon, hätte man in dieser Volksinitiative eine Formulierung finden müssen, dass die Übergangslösung anders zu gestalten sei. Diese Formulierung hat aber Dolfi Müller nicht gesehen. Von daher gilt einfach das, was ist. Das zu den harten Fakten. In zwei Jahren ungefähr weiss man dann mehr. Der Stadtrat macht aber nun weiter, wie es das Volk 2008 aufgetragen hat.

Karen Umbach möchte vorab ihre Interessensbindung bekannt geben: Sie ist Mitglied des Komitees «Ja zu Gewerbe und Läden in der Altstadt», welches diese Initiative lanciert hat. Die FDP steht geschlossen hinter dieser Volksinitiative und wird dem Stadtrat folgen, diese für gültig zu erklären. Aber im Gegensatz zum Stadtrat wird die FDP-Fraktion allerdings dem Stimmvolk empfehlen, die Volksinitiative anzunehmen. Im Bericht des Stadtrats ist Folgendes zu lesen (Zitat): „An der damaligen Ausgangslage hat sich zwischenzeitlich nichts geändert“. Wie bitte? Einige wesentliche Änderungen sind doch in der Zwischenzeit geschehen, oder soll man den Wegzug der Post aus ihrem alten Gebäude, den baldigen Wegzug der Verwaltung ins L&G Gebäude, sowie die abgeschmetterte Vision einer verkehrsfreien Innerstadt ausser Acht lassen? Karen Umbach meint nicht. Die Ausgangslage hat sich radikal verändert und muss zwingend neu beurteilt werden. Man muss den Tatsachen ins Auge sehen:

- Man hat es hier mit einem Postplatz zu tun, welcher ein Verkehrsknotenpunkt ist und bleiben wird.
- Man hat es hier mit einer Altstadt zu tun, dessen Herzstücke, die Post und die Verwaltung, bereits weg oder bald weg sein werden.
- Man hat es hier mit einer sehr schlechten Entwicklung des Lebensraums zu tun.

Dass die Parkplätze auf dem oberen Postplatz ins neue Parkhaus verlegt werden, ist für die FDP-Fraktion absolut in Ordnung. Sie ist nicht per se nur für oberirdische Parkplätze zu haben, aber jeder, der sich in der Altstadt aufhält, muss sehen, dass das dort ansässige Gewerbe um jeden einzelnen Kunden kämpfen muss. Einige Parkplätze für die Erledigung kurzer Geschäfte und Kommissionen am unteren Postplatz werden ihnen sicher helfen. Sie stehen im Wettbewerb mit anderen Gewerben in den restlichen Teilen der Stadt, die auf einen Mix oberirdischer Kurzzeitparkplätzen und Parkhäusern zählen dürfen. Die Politik sollte diese ungleichen Ellen halbwegs wieder ins Lot zu bringen. Man schau sich mal in der Altstadt herum - Der Zahl der aufgegebenen Geschäfte steigt. Was nutzt es, wenn Freiraum geschaffen wird, in welchem keine Aktivitäten stattfinden? Man muss sich mit den jetzigen Gegebenheiten befassen, um eine weitere negative Stadtentwicklung zu verhindern. Aus diesen Gründen lehnt die FDP-Fraktion den vom Stadtrat vorgeschlagenen zweiten Antrag dezidiert ab und empfiehlt den Stimmbürgern in fester Überzeugung ein Ja zu dieser Initiative. Die FDP-Fraktion stellt daher folgenden Antrag: Dem Stimmvolk die Initiative ANNEHMEN zu empfehlen. Karen Umbach bittet im Namen der FDP um Ihre Unterstützung dieses Antrags.

Karin Hägi: Es ist eine lange Geschichte, die eigentlich bald zu einem Abschluss kommen sollte. Aber nun kommt nicht wie erwartet das „happy end“ sondern die SP-Fraktion wähnt sich gar im falschen Film. Was bei dem irreführenden, ja falschen Titel der Initiative eigentlich nicht verwunderlich ist. Die SP-Fraktion musste sich fragen, wie es wohl um das Demokratie-Verständnis der Initianten steht? Wie stehen sie zu Vereinbarungen, Abmachungen und beschlossenen Kompromissen? Oder sind sie nur schlechte Verlierer? Die SVP ist soweit konsequent, sie war immer gegen die Aufhebung der oberirdischen Parkplätze. Aber die Mitglieder der FDP und die CVP

stehen offenbar nicht mehr zu ihrem damaligen Wort. Karin Hägi war damals noch nicht im GGR werden nun einige sagen. Das ist korrekt, aber die Partei-Linie hat sich in zehn Jahren auch nicht so fest verändert. Offenbar ist die Haltung der FDP und CVP elastischer, ja vielleicht gar windanfällig geworden. Karin Hägi weiss nicht, ob dieser 180°-Wechsel von ihrer Wählerbasis verstanden wird. 2008 wurde der Bebauungsplan Post deutlich mit rund 65% zugestimmt. Damit wurde auch ein Betrag von rund CHF 9 Mio. für den Erwerb von rund 100 Parkplätzen im Parkhaus gutgeheissen. Ja gesagt hat das Stimmvolk ebenfalls zu der Bestimmung, dass mit der Erstellung der öffentlichen Parkplätze im Parkhaus min. 60 öffentliche oberirdische Parkplätze aufzuheben sind. Dies war der Kompromiss, auf den man sich 2007 im GGR einigte. Im GGR wollte einzig die SVP die oberirdischen Parkplätze belassen. Der entsprechende Antrag erhielt aber im Rat nur fünf Stimmen. Dagegen war eine breite Allianz aus SP, Alternative, FDP und CVP mit 32 Stimmen. Dieser überparteilichen Allianz war es auch zu verdanken, dass die Abstimmung über das Referendum mit fast zwei Drittel der Stimmen deutlich gewonnen wurde. Nun, es ist länger gegangen als ursprünglich geplant, aber das erstellte Parkhaus soll bald eröffnet werden. Und damit wird auch die Aufhebung der öffentlichen Parkplätze fällig. Dies als im Bebauungsplan festgeschriebene Abgeltung für die 100 neuen Parkplätze im neuen Parkhaus. Soweit wurde der Bebauungsplan und damit der Wille des Stimmvolks getreu umgesetzt. Jetzt gibt es aber ein paar ganz gewiefte MitbürgerInnen unter uns. Da die öffentlichen Parkplätze im neuen Parkhaus ja nun erstellt sind, kann sicher erneut versucht werden, „de Foifer und 's Weggli“ zu bekommen. Eigentlich ist es klar, an Abmachungen hält man sich, auch wenn sie 10 Jahre alt sind. Ein Wort ist ein Wort, ein Händedruck gilt. Interessanterweise ist es jetzt aber nicht nur die SVP mit ein paar Verbündeten wie 2008. Nein, es sind gleich noch zwei Parteien aus dem damaligen Ja-Lager dazugekommen. Auffallend viele FDP und CVP-Mitglieder sind im Initiativkomitee. Speziell zu erwähnen sind Cornelia Stocker, FDP und Martin Eisenring, CVP. Beide 2007 im GGR und 2008 im Ja-Komitee sogar im Co-Präsidium, also an vorderster Front. Dass nun 10 Jahre wieder eine Abstimmung über den Postplatz ertrotzt wird, braucht schon einige Flexibilität in der Argumentation. Denn die gehörten Rechtfertigungen der Initianten sind schnell wiederlegt. Der Stadttunnel war 2008 bei der Abstimmung zum Bebauungsplan Post noch kein Thema, und jetzt ist es keines mehr. Somit gleiche Ausgangslage 2008 wie 2018. Auch stand schon im Abstimmungsbüchlein von 2008 geschrieben, dass die Post vom Postplatz wegziehen wird. Dies ist in der Zwischenzeit geschehen. Somit gleiche Ausgangslage 2008 wie 2018. Nun wird im Initiativtext gefordert, dass der Bebauungsplan so abzuändern ist, dass die aufzuhebenden oberirdischen Parkplätze erhalten bleiben. Wenn jetzt nur diese Bestimmung rausgestrichen wird, hat es doch noch geklappt, das mit „em Foifer und em Weggli“. Konsequenterweise sollte dann aber alles, was damals in den Kompromiss einfluss, rückgängig gemacht werden. So soll die Stadt Zug die rund 9 Mio. für die rund 100 neuen Parkplätze im Parkhaus zurückerhalten und die unterirdischen Parkplätze demzufolge rückgebaut werden. Ansonsten hätten die privaten Ersteller des Parkhauses ja mit städtischem Geld Profit gemacht. Das kann ja nicht im Sinn der bürgerlichen Parteien sein? Oder wollen die Initianten gar einen Wortbruch der damaligen Abmachungen? Urs Bertschi vermutete bereits im Januar 2003 bei der Debatte um die FDP-Motion „zur Neugestaltung des Postplatzes inkl. Erweiterung des unterirdischen Parkangebots“ ein „trojanisches Pferd“. Dies damals allerdings in Form einer Wiederbelebung der Idee des Guggi-Parkhauses. Nun kommt die Finte spät, aber nicht minder listig, in Form dieser Initiative. Der Kompromiss ist beste gelebte Schweizer Demokratie, alle Seiten kommen auf einander zu und man findet eine Lösung, mit der alle leben können. Und man hält sich auch 10 Jahre später noch an diese Abmachungen. Dies war jedenfalls bisher die Gewissheit der SP-Fraktion, jetzt wird ihr Vertrauen allerdings arg strapaziert. Kurz zusammengefasst: Die Abmachungen gelten nach wie vor und es ist keine neue Ausgangslage vorhanden. Also kein Grund, von der Haltung von 2008 abzuweichen und die Initiative gutzuheissen. Die SP-Fraktion jedenfalls hat ihre Meinung nicht geändert und steht weiterhin zu ihrem Wort. Von den vier Mitgliedern der FDP und CVP die bereits da-

mals im GGR waren, erwartet die SP-Fraktion, dass sie gleich abstimmen wie sie es 2007 und 2008 getan haben. Die SP-Fraktion folgt dem Stadtrat und wird die Initiative gültig erklären, der Urnenabstimmung unterstellen und den Stimmvolk zur Ablehnung empfehlen.

Martin Eisenring: Die juristischen Ausführungen des Stadtpräsidenten tönen sehr kompliziert und sind mit einer grossen Rechtsunsicherheit behaftet, was auf die Stadt Zug zukommt. Es ist schade, dass es heute so weit gekommen ist. Seitens der Initianten und anderer Interessenten wie auch Martin Eisenring war es stets ein Anliegen, einen Weg zu finden, wie das Gewerbe und das Leben in der Stadt erhalten werden kann. Martin Eisenring geht es nicht um diese Parkplätze, über die ständig diskutiert wird. Seither wurde verschiedentlich auch mit dem Stadtrat darüber gesprochen: gibt es einen vernünftigen Weg? Kann man einen guten Kompromiss finden? Die Türen waren leider immer geschlossen, weshalb den Initianten nicht anders übrig blieb, als diese Initiative einzureichen, die auch vorgeprüft wurde von der Stadtkanzlei. Martin Eisenring hofft schon: Wenn dieser Rat und allfälligerweise auch das Stimmvolk zum Entscheid kommen sollten, dass der Inhalt dieser Initiative geteilt wird und man sich für das Gewerbe in der Altstadt einsetzt, dass dann auch der Stadtrat an diesem Strick zieht. Martin Eisenring erinnert daran: Es gibt im Stadtrat eine bürgerliche Mehrheit, und Martin Eisenring hofft, dass in diesem Geschäft dann auch die bürgerliche Mehrheit im Stadtrat spielen wird. Das ist der Wunsch von Martin Eisenring und auch ein wichtiges Thema auf die anstehenden Wahlen hin. Martin Eisenring wurde vorgeworfen, er sei bereits damals im Initiativkomitee für den Postplatz gewesen, was natürlich stimmt. Das kann und will Martin Eisenring nicht von der Hand weisen. Er fand das damals eine gute Idee. Gegenüber der heutigen Situation haben sich die Parameter relativ stark verändert, und Martin Eisenring scheut und schämt sich auch nicht dafür, dass er schlauer geworden ist als er dies vor zehn Jahren war. Es ist eine Aufgabe und auch wichtig, dass man vielleicht auch einmal über den eigenen Schatten springen kann und die Situation neu prüft und dann neu wieder einen Entscheid fällt. Martin Eisenring erinnert daran, dass man das in der Schweiz mit ihrer demokratischen Tradition regelmässig getan hat. Man hat xmal über die AHV-Vorlagen abgestimmt, man hat xmal über den Uno-Beitritt abgestimmt. Es gibt viele Vorlagen, die verschiedene Anläufe brauchten. Irgendwann hat es dann geklappt. Um was geht es Martin Eisenring hier? Es geht ihm nicht um die Parkplätze, sondern darum, wie diese Stadt schön gestaltet werden soll und was eine gute Aufenthaltsqualität ist. Der Stadtrat hat in dieser Vorlage erwähnt, warum er diesen Postplatz will und warum er sich hier einsetzt (Zitat): „Die Aufhebung der oberirdischen Parkplätze dient dazu, die hohe städtebauliche Attraktivität des Stadtkerns zu unterstützen und zu stärken, den historischen Postplatz der Bevölkerung wieder als freie Aufenthaltsfläche zurückzugeben, die Nahtstelle zwischen Altstadt und Neustadt attraktiver zu machen.“ Martin Eisenring geht es genau um das Gleiche, aber er ist der Meinung, dass die gewählten Mittel des Stadtrates hier die falschen sind. Wenn man heute durch die Altstadt, die Neugasse, geht, sieht man, dass bald jedes zweite Geschäft leer ist – bereits heute und trotz Parkplätzen -. Es kann noch viel schlimmer kommen. So könnte auch sein, dass gar keine Läden mehr da sind. Diese Entwicklung, die Schwächung der Altstadt, hat Martin Eisenring miterlebt. Er wohnt seit 2007 in seinem Haus in der Altstadt. Da gibt es einen grossen Zug und Druck weg aus der Altstadt und hin in den Norden. Das ist nicht nur beim Gewerbe der Fall, sondern sogar auch bei den Büros, wo es an sich wenig relevant ist. Martin Eisenring ist mittlerweile einer der wenigen Gewerbetreibenden in der Altstadt. Er hat zum Glück sehr wenig Laufkundschaft, aber es ist wirklich ein Problem. So sind die Papeterie, Bücher Balmer, Post usw. weggezogen. Das Risiko besteht, dass irgendwann auch die Metzgerei, die Textilreinigung usw. weggehen. Jedes einzelne Gewerbe, das weggeht, vermindert die Attraktivität für die anderen Gewerbetreibenden. Deshalb ist es Martin Eisenring so ein wichtiges Anliegen, dass der Fokus darauf gelegt wird, sei es mit oder ohne Parkplätze. Man soll die Scheuklappen ablegen und nach heutigem Wissensstand nach der bestmöglichen Lösung suchen, damit dieser alte Bereich der Stadt weiterhin eine

lebendige Stadt bleibt und nicht zu einem Ballenberg verkommt, wo nur noch die chinesischen Touristen durch die Altstadt laufen und das genügen sollte. Das kann nach Meinung von Martin Eisenring nicht die Alternative sein. Die Stadt hatte zehn Jahre Zeit, irgendwelche Ideen zum unteren Postplatz zu entwickeln. Was ist geschehen? Nichts, ein paar Betonblöcke sind das Resultat. Gegenüber gibt es das Gebäude mit der Direktion des Innern. Unten gibt es publikumsattraktive Flächen. Hat da der Stadtrat je mal mit dem Kanton das Gespräch aufgenommen, um hier eine attraktive Lösung zu bieten? Muss man zu allem eine Motion machen? Da hätte sich der Stadtrat dafür einsetzen können, dass der Postplatz wirklich zu einem attraktiven Platz gemacht wird. Da ist aber überhaupt nichts geschehen. Der untere Postplatz kann durchaus mal ein attraktiver Postplatz sein, aber dann muss zuerst geschaut werden, dass die Verkehrsströme anders laufen. Warum nicht beispielsweise sich überlegen, die Vorstadt freizuspielen? Das Nadelöhr ist die Neugasse. Vielleicht könnte man den Verkehr in der Bahnhofstrasse im Gegenverkehr geführt werden. Dann wäre wenigstens dieser südliche oder seeseitige Teil des Postplatzes attraktiv und würde etwas bewirken. Heute ist es Martin Eisenring im Rahmen einer Güterabwägung wichtiger, dass Leben und Gewerbe in der Stadt gibt als leere Plätze, wo überhaupt nichts passiert. Daher ersucht er den Rat um die Unterstützung.

Monika Mathers: Wenn man die Initiative "Ja zu Gewerbe und Läden in der Altstadt" durchliest, kommt nur ein Gedanke: Déjà vu! Da wird alter Wein, den fast zwei Drittel des Stimmvolkes als untrinkbar bezeichnet hatte, mit einem falschen Namen in neue Schläuche abgefüllt. Damit versucht man die Stimmbürger über den Tisch zu ziehen um unbedingt etwas durchzuboxen, was sie vor zehn Jahren abgelehnt hatten. Auch der Name der Initiative "Ja zu Gewerbe und Läden in der Altstadt" ist eine Art "déjà vu". Er ist genauso absurd wie die Namen der Doppeliniziative vor 1 1/2 Jahren, die das Gegenteil von dem suggerierten, was die Initianten beabsichtigten. Hier ist es genau gleich. Es geht nicht um das Gewerbe und die Läden in der Altstadt, es geht einzig und allein um Parkplätze und um die Zerstörung eines ausgehandelten Kompromisses. Hinter beiden Initiativen stehen auch Grossteils dieselben Personen.

Wenn das Gewerbe und die Läden in der Altstadt auf Gedeihen und Verderben auf diese Kurzzeitparkplätze angewiesen ist, frage ich Sie: "Warum haben eben diese Läden und das Gewerbe in der Altstadt in den vergangenen Jahren nicht wunderbar geblüht? Denn bis jetzt standen diese Parkplätze ja zur Verfügung." Trotzdem jammert man seit Jahrzehnten über das Lädelerben und den langsamen Tod der Altstadt. Doch schaut Monika Mathers etwas zurück. Für diejenigen, die sich keine Zeit nehmen konnten, zur Geschichte des Parkhauses Postplatz im Internet zu recherchieren, hat Monika Mathers mit dieser Folie eine kurze Chronologie zusammengestellt:

- 26. April 2002: Motion zur Neugestaltung des Postplatzes inkl. Erweiterung des unterirdischen Parkplatzangebots (Cornelia Stocker für die FDP)
- 27. Januar 2004: Projektierungskredit für Neugestaltung des Postplatzes und Parkhaus unter dem unteren Postplatz. Beschluss GGR
- Mitwirkungsverfahren mit Bevölkerung, Stadt und Kanton zum Bebauungsplan Post.
- 31. Januar 2006: Verzicht auf Parkhaus unter dem Postplatz. Stadtrat soll in neu zu bauendem Gebäude bei der Post einkaufen. GGR Beschluss 33:0
- 20. November 2007: Bebauungsplan Post: Historischer Kompromiss mit 32:5 Stimmen im GGR.: Die Ratslinke sagt Ja zu 100 Parkplätzen im Parkhaus Post, Bürgerliche sagen Ja zur Aufhebung von 60 oberirdischen Parkplätzen innerhalb eines Jahres nach Eröffnung des Parkhauses.
- Gewerbeverein und SVP ergreifen das Referendum.

- Juni 2008: 65.08 % der Stimmbürger sagen Ja zum Bebauungsplan Post.
- Bau des Parkhauses verzögert sich.
- Herbst/Winter 2017 Gewerbeverein und bürgerliches Komitee wollen Volksentscheid nicht umsetzen. Initiative zum Erhalt eines Grossteils der oberirdischen Parkplätze.
- 20. März 2018 GGR: 2. Sitzung des GGR.

Und nun ist der GGR da, um zu entscheiden, ob er seinen glasklaren Entscheid von 32:5 Stimmen und den Volksentscheid, 2/3 der Stimmbürger sagten Ja zum Bebauungsplan Post, umsetzen will oder nicht. Der GGR, das demokratisch gewählte Parlament soll entscheiden, ob er sich demokratisch verhalten will oder nicht. Das ist absurd. Natürlich ist die Initiative "Für Gewerbe und Läden" zustande gekommen. Doch sie ist eine Zwängerei und undemokratisch, weil sie die Niederlage in der Volksabstimmung von 2008 nicht akzeptieren will. Es irritiert Monika Mathers, dass zwei Mitglieder des Co-Präsidiiums der Initiative bereits beim historischen Kompromiss hier im GGR dabei waren. Ein guter Kompromiss ist, wenn beide Parteien etwa gleich viel von ihrem Wunschziel abweichen müssen, also in etwa gleich "unglücklich" sind. Wie würde es jemandem im Saal ergehen, wenn man sich zu irgendeinem Kompromiss, sei es im privaten Leben, im Beruf oder eben in der Politik durchgerungen hat, und dann sagt die andere Partei: "April. April, wir halten uns nicht daran."? 13 Personen hier im Saal haben vor gut 10 Jahren an diesem Kompromiss persönlich mit geschmiedet. „Lassen wir ihn nicht zur Makulatur werden!“ In ihrem Leserbrief "Rückwärtsgerichtet" bezichtigt das ehemalige Mitglied Cornelia Stocker, die mit ihrer Motion 2002 die Parkhausgeschichte angestossen hat, den Stadtrat der nostalgischen Träumereien oder der bewussten Unterschlagen von Tatsachen. Dabei spricht sie vom Nein zum Stadttunnel, der Schliessung der Post und dem Wegzug der Verwaltung aus der Altstadt. Gerne würde Monika Mathers Frau Stocker sagen, dass sie ihre Hausaufgaben leider nicht gemacht hat. Denn bereits in ihrer Motion sagt sie: (Zitat) "Die FDP will sich nicht länger verträsten lassen und zuwarten, bis sich in der Frage der Stadtumfahrung eine Lösung abzeichnet." (Ende Zitat) 2002 hatte nämlich der Kantonsrat den Stadttunnel in die letzte Priorität vergraben und, man kann das nachlesen, man rechnete damals nicht mit einer Fertigstellung vor 2040. Doch auch im Entwicklungskonzept zur letzten Ortsplanungsrevision steht unter Strategie 22: (Zitat) Bis zur Realisierung des Stadttunnels soll die Attraktivität des Stadtzentrums schrittweise in Teilbereichen, wie Umgestaltung Postplatz und Garten-/Rigistrasse, gesteigert werden. Zur Zeit der Abstimmung über den Bebauungsplan Post war also der Stadttunnel auf den St. Nimmerleinstag verschoben. Im Abstimmungskampf wurde auch nie von ihm gesprochen. Man kann dazu die damalige Abstimmungsbroschüre lesen. Das Wort Stadttunnel kommt nirgends vor, weder im offiziellen Text noch in dem der Gegner. Es ging damals wie heute um nichts anderes als um die "Freilichtparkplätze", wie sie das Komitee nannte. Die Konditionen haben sich nicht geändert. Und wieder einmal muss der Wegzug der Verwaltung aus der Altstadt als Argument erhalten! Niemand scheint zu merken, dass die leeren Büros selbstverständlich wieder belebt werden, sei es mit Büros oder Wohnungen. Interessant ist, dass Personen, die bei der Doppelinitiative diese Logik noch nachvollzogen hatten, heute nun im Initiativkomitee die Augen davor verschliessen. Das stolze Postgebäude stehe leer und altere ohne Publikumsverkehr vor sich hin, schreibt die ehemalige Kollegin weiter. Eine Frage: Warum ist die Post ausgezogen? Hat das nicht etwas mit dem schwindenden Publikumsverkehr zu tun? Natürlich wird unterschlagen, dass ins Postgebäude neues Leben eingezogen ist und dass die neue Überbauung Post mit ihren Geschäften und Büros viel mehr Publikumsverkehr anziehen wird als die alte Post. Die Automobilisten werden ihren Wagen in die Parkgarage fahren, wie sie das an anderen Stellen in der Stadt tun. Dann können sie ihren Besorgungen nachgehen und haben vielleicht sogar noch Zeit, in der Altstadt einen Kaffee zu trinken, zu lädelen oder zu flanieren, ohne dass sie dauernd auf die Uhr schauen müssen, ob die Parkzeit abgelaufen sei. Das Gewerbe und die Läden in der Altstadt können davon aber nur profitieren, wenn sie bereit sind, neue Herausforderungen anzunehmen und sich

zu verändern und Neues auszuprobieren. In einer liberalen Welt, zu der stehen ja die meisten in diesem Rat, in einer liberalen Welt gibt es keinen Heimatschutz für Gewerbe oder Geschäfte, sei es in der Altstadt oder anderswo. Die Innovation muss von innen kommen. Ein gutes Beispiel haben die Altstädtler, mit dem Juwelier an der Neugasse. Er hat eine Nische gefunden und lässt die fernöstlichen Kunden gleich busweise ankarren. Das Geschäft floriert, obwohl die Kunden vom Casino bis zu ihm zu Fuss gehen müssen, viel weiter als es unteren Postplatz her wäre. Wo in dieser Stadt laufen die Geschäfte am besten, ist der Publikumsverkehr am grössten? Im Raum Metalli. Darum steht jetzt ja auch die Hauptpost da. In diesem Gebiet aber, meine Damen und Herren, gibt es keinen einzigen oberirdischen Parkplatz! Monika Mathers fasst zusammen: Seit der Jahrtausendwende wurde ein Parkhaus in der Gegend des Postplatzes gefordert. Es soll helfen, die Altstadt zu beleben. In einem historischen Kompromiss hat der GGR im November 2007 den Bebauungsplan Post mit 32:5 Stimmen genehmigt. 5692 Stimmbürger oder 65.08% der Stimmenden bestätigten den Entscheid des GGR im Juni 2008. Jetzt, da dieser Beschluss vollzogen werden soll, will ein Initiativkomitee den Bebauungsplan abändern und das Verdikt des GGR und der Stimmbürger nicht akzeptieren. Die Initiative ist zustande gekommen und rechtlich korrekt. Sie soll dem Volk vorgelegt werden. Die Fraktion Alternative-CSP ist aber überzeugt, dass diese politische Zwängerei abgelehnt werden muss. 1090 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben die Initiative unterschrieben, 5692 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben Ja zum Bebauungsplan Post gesagt. „Überlegen Sie bitte gut, für wen Sie sich entscheiden!“

Karen Umbach bringt eine kleine Korrektur zum Votum von Karin Hägi an, wonach es klar gewesen sei, dass die Post weggehe. Karen Umbach zitiert dazu aus der Broschüre: „Das Verteilzentrum der Hauptpost Zug wird in den kommenden Jahren ausgelagert. Am Standort Postplatz verbleiben noch die Postschalter und die Schliessfächer.“

Stefan Huber: Die Grünliberalen empfehlen dem Rat, diese Initiative aus demokratischen und rechtsstaatlichen Gründen dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen. Die Grünliberalen möchten klar stellen, dass sie dem polemischen Potenzial dieser Volksinitiative mit diesem Votum unmöglich gerecht werden wollen, noch können - auch wenn es sich wie selten in diesem Rat anbietet. Welche Ironie, dass ausgerechnet die selbsternannte Speerspitze des Volkswillens, sich in das Herz der kommunalen Demokratie bohrt! Wie absurd, wie Volksvertreter sich einreden, den Volkswillen zu vertreten, indem sie ihn mit Füßen treten! Wie komisch, dass die Volksvertreter heute eine solche Debatte führen müssen! Was wollen alle, heute über irgendwelche Inhalte, Pläne und Verfahren diskutieren? Dass mit dem Bebauungsplan 100 neue Parkplätze geschaffen und 60 alte geschlossen wurden? Was ist das Ziel dieser Volksinitiative? Diese Volksinitiative ist schlimmer als jeder fremde Richter, diese Volksinitiative untergräbt die direkte Demokratie in ihrer Idee, sie ist ein Missbrauch dieses einzigartigen, urschweizerischen Systems! Was ist ein Volksentscheid in dieser Stadt noch wert, wenn er solange ignoriert wird, bis man das Gefühl hat, dass das Volk es nicht mehr merkt, dass er ignoriert worden ist?

Martin Eisenring findet es sehr traurig, dass heute so polemisch diskutiert werden muss, vor allem auch, dass von der Gegenseite die Probleme nicht offen angesprochen werden, die das Fundament für diese Initiative bilden. Es sind echte Sorgen, die dahinter stehen. Es ist nicht irgendwelcher Zirkus. Das ist traurig, und zudem stimmt es überhaupt nicht. Wie oft wurde schon über eine Erbschaftssteuer diskutiert? Beispielsweise wurde auch der Bebauungsplan Salesianum zweimal behandelt. Da hätte man auch sagen können: abgelehnt, kommt nie mehr was. Es hat absolute Tradition in der Schweiz, dass gewisse Fragen wiederholt besprochen werden. Es ist verpönt, wenn das zwei Jahre nach Abstimmung erfolgt. Hier sind es aber zehn Jahre. Von daher kann man den Initianten wirklich nicht vorwerfen, sich nicht an die demokratischen Grundsätze zu halten. Man muss dieser Frage wirklich auf den Grund gehen, ohne dass man darüber lacht

und andere weinen. Warum funktionieren die Läden der Altstadt nicht mehr so gut wie andere? Andernorts ist es viel attraktiver geworden, Geschäfte zu machen. Das hat nicht nur mit Parkplätzen zu tun. Sogar der Busverkehr geht nicht mehr bis zum Casino runter, es fahren da nur noch gewisse einzelne Busse. Viele machen die Runde Postplatz und direkt wieder hoch. Auch das ist vernachlässigt worden, vielleicht vom Stadtrat aus mehr Druck aufzubauen. Man stelle sich mal vor, wenn weitere Läden wegziehen. Martin Eisenring erinnert an Belfleur. Wenn die Besucher nicht mehr kommen, dann ist auch ein Belfleur allenfalls weg und im Metalli. Will man einfach so eine Stadt, die so tot ist? Martin Eisenring stört es, wenn man das so polemisch aufarbeitet und hier gerade von linker Seite eine liberale Welt beschwört, wo man doch weiss, dass in allen anderen Abstimmungen genau diese eben nicht verlangt wird. Martin Eisenring muss dem Stadtrat Versäumnisse vorwerfen, glaubt er doch, dass ein kreativer Weg hätte gefunden werden können, um sowohl den Bebauungsplan einzuhalten wie auch die Anliegen der Gewerbe zu berücksichtigen und einzuhalten. Für diese 35 Parkplätze ist der Parameter von 300 m vorgegeben. Man hätte die Parkplätze auch beim Dreispitzplatz vor dem Bücher Balmer aufheben können oder die Parkplätze an der Poststrasse. Sehr viele Möglichkeiten hätte es gegeben. Martin Eisenring hofft, dass, wenn die Initiative eines Tages hoffentlich angenommen wird, man auch wieder miteinander spricht und gemeinsam die beste Lösung für diese Stadt findet. Martin Eisenring ist aber überzeugt, dass hier das gewerbliche Leben auch seinen berechtigten Platz finden muss und man nicht nur immer von Belebung der Altstadt sprechen kann, und wenn es dann ums Handeln geht, werden die Anliegen des Gewerbes ignoriert.

Daniel Blank freut es als Mitglied des Vorstands des Gewerbevereins Zug natürlich sehr, dass dessen Initiative eine derart grosse Unterstützung in den bürgerlichen Fraktionen fand. Namens des Gewerbes und des Detailhandels von Zug dankt Daniel Blank für diese geschätzte politische Unterstützung. Zugleich versichert er, dass man mit dieser Unterstützung der Initiative "Ja zu Gewerbe und Läden in der Altstadt" auch in der Sache natürlich richtig liegt. Dazu noch kurz Folgendes: Es kann die Bestimmung eines Platzes sein, der Öffentlichkeit als Parkplatz zu dienen. Dies trifft derzeit und für die absehbare Zukunft auch auf den unteren Postplatz zu. Dabei sollte man es bewenden lassen, bevor unvernünftig in irgendwelche gesuchte Projekte investiert wird, die nichts bringen. Projekte jedoch, die gleichzeitig aber gar das Fortbestehen der von Gewerbe und Detailhandel stets gelebten Idee einer lebendigen Altstadt mit einer Vielfalt von Geschäften, Restaurants, Barbetrieben und Hotellerie gefährden, indem dringend benötigte oberirdische Parkplätze ohne vernünftigen Grund aufgehoben werden. Die Vision einer zum Flanieren einladenden Begegnungszone wurde mit der Ablehnung des Stadttunnels definitiv versenkt. Der Postplatz ist und bleibt der Verkehrsknotenpunkt dieser Stadt. Damit hat sich auch der Stadtrat abzufinden. Die stadträtliche Politik der letzten 10 Jahren trug nichts dazu bei, die Altstadt und den Süden der Stadt zu stärken. Nach der Abstimmung zum Bebauungsplan Postplatz passierte nichts mehr. Der Stadtrat liess das Geschäft rund 10 Jahre liegen. Gleichzeitig büsste der Bereich Neustadt bis und vor allem mit Altstadt für Gewerbe und Handel an Attraktivität ein, wofür der Stadtrat zumindest teilweise in der Verantwortung steht. Die ganze Post zog vom Postplatz weg. Der Stadtrat unternahm nichts - die städtische Pensionskasse ermöglichte den Wegzug mit der Vermietung des Laubenhofs gar. In Kürze macht sich die Verwaltung auch auf den Weg Richtung Neustadt, um die gekauften Bürofläche im L & G-Gebäude zu beziehen. Für die diversen leer werdenden historischen Gebäude in der Altstadt gibt es noch kein sinnvolles Nutzungskonzept. Monika Mathers hat es vorhin angesprochen und gesagt: das seien jetzt Büros und würden nachher wieder Büros sein. Das stimmt aber leider nicht ganz, denn es ist jetzt kein Büro, sondern eine Verwaltungsnutzung. Diese kann nicht als Büros vermietet, sondern muss in eine Wohnung umgenutzt werden. Dies alles beeinflusst die Kunden-Frequenzen massiv negativ. Abnehmende Kundenfrequenzen und zunehmender Durchgangsverkehr sollen die ansässigen Gewerbler und Detaillisten aushalten, gleichzeitig aber auf praktische oberirdische Parkplätze

verzichten. Dieses von der Verwaltung angestrebte Geschäftsmodell hat noch nirgends funktioniert. Eine gewerbefreundliche Politik sieht für die Gewerbler anders aus. Und dann kommt der Stadtrat, nachdem die Realitäten am Postplatz die Visionen von damals zur Illusion machten, nachdem die damals definierten Eckpunkte der Vorlage nirgends umgesetzt wurden, mit der Unterstellung, dass die Initianten gegen einen "historischen Kompromiss" verstossen würden. Den Initianten geht es natürlich um die 42 oberirdischen Parkplätze - im Prinzip aber noch um viel mehr. Es geht um die Aufwertung des Lebensraums in der Altstadt. Die Altstadt muss leben. Dazu gehört ein Mix von Geschäften mit speziellen Angeboten, welche eine persönliche Beratung pflegen. Es braucht ein gesundes Gewerbe, tolle Restaurants, Cafes und Barbetriebe sowie eine echte Hotellerie. Diese Geschäfte bieten zusammen hunderte von Arbeitsplätzen und Lehrstellen. Nur diese Unternehmer und ihre Belegschaft sind auf Kundschaft angewiesen. Diese Kundschaft schätzt für Kommissionen gut erreichbare oberirdische Parkplätze, wie es sie in der restlichen Stadt zum Glück noch gibt. Die Initianten sind mit der Aufhebung der Parkplätze auf dem oberen Postplatz einverstanden. Die übrigen Parkplätze auf dem unteren Postplatz und im Bereich von 300 Metern um den Postplatz müssen jedoch zur Rettung des vielfältigen Angebots in der Altstadt erhalten bleiben. Ein Ja zur Initiative sichert die Infrastruktur für die Gewerbler und Detaillisten und trägt so zum Erhalt der Vielfalt der Geschäfte und der Arbeitsplätze in der Stadt bei.

Philip C. Brunner: Die Diskussion erschöpft sich langsam. Es wurde sehr viel Wichtiges gesagt. Philip C. Brunner spricht nun als Sprecher der SVP-Fraktion, die sich bisher nicht gemeldet hat. Karin Hägi hat es am klarsten gesagt: Die SVP war immer dagegen, aber innerhalb der SVP auch sehr gespalten. Warum? Es ging um den mit dem Bebauungsplan verbundenen Bau. Dagegen war die SVP-Fraktion gar nie. Die SVP-Fraktion war auch nie gegen die unterirdischen Parkplätze, welche von der FDP-Fraktion gefordert wurden, sondern die SVP-Fraktion war einzig und allein gegen die Aufhebung der Parkplätze. Es wurde heute immer von der Volksabstimmung gesprochen. Es war aber ein Referendum. Innerhalb von 30 Tagen mussten diese Unterschriften zusammengebracht werden. Es war eine krachende Niederlage der SVP zusammen mit dem damals unterstützenden Gewerbeverein der Stadt Zug und einigen couragierten CVP-Politikern – das hat es auch damals gehabt. Dann war selbstverständlich die Meinung, dass dies jetzt umgesetzt würde. Es wäre niemals die Diskussion bzw. die Initiative ergriffen worden, wenn in den letzten Jahren das realisiert worden wäre. Das war vor zehn Jahren. Als einige Gewerbler aus der Altstadt mit der Idee und mit ihren Sorgen kamen, hat die SVP-Fraktion ihre Unterstützung zugesagt, wollte aber den Lead nicht übernehmen. Diese Cabaretnummer der glp mit dem Volksentscheid: Es war tatsächlich ein Volksentscheid. Wenn aber die Frage jetzt neu aufgerollt und Unterschriften gesammelt werden, dann hat Philip C. Brunner auch Ja gesagt. Er war damals an vorderster Front gegen den Bebauungsplan und ist heute an vorderster Front für diese Initiative. Die SVP-Fraktion wird die Initiative heute unterstützen aus grösster Überzeugung, damals schon richtig gelegen zu haben. Die Fakten wurden genannt. Es geht um Arbeitsplätze. Allein hier im Perimeter Altstadt, Bahnhofstrasse, Vorstadt, sind 1'400 Betriebe, 150 Lehrstellen und über 6'000 Arbeitsplätze, um die es geht. Philip C. Brunner möchte nun eine andere Ebene anstossen: In dieser Stadt hat dieser GGR für die Minderheiten immer ein grosses Verständnis gehabt, sei es für die Jugendlichen in der Galvanik, sei es für die Kultur in der Chollerhalle, im Casino, sei es für das i45, sei es für x Projekte. Jetzt gibt es eine Gruppe von Menschen und Leuten, die hier in der Altstadt ein Anliegen haben. Sie haben sich auf demokratischem Weg dafür eingesetzt, sie haben 1'090 Unterschriften eingegeben, sie haben eine Initiative gemacht. Jetzt geht es hier mit gegenseitigen Beschuldigungen los. Man darf doch auch einmal gescheitert werden. Jeder hat doch in seinem Leben schon einmal seine Meinung geändert, Philip C. Brunner hat das auch bereits mehrfach und zu verschiedenen Fragen getan. Das ist absolut legitim. Die Umstände haben sich in der Tat geändert, ob mit oder ohne Stadttunnel. Das Thema Internet beispielsweise ist für

den Detailhandel eine riesen Herausforderung. Bauvorschriften, Verkehrsprobleme usw. Das hat einen Einfluss. Philip C. Brunner bezieht sich auf das Märchen von Guliver, 1726 geschrieben, der zu den Liliputanern geht. Wenn man vor dem Stadtmodell im Hirschen steht, ist man etwas der Guliver. Man schaut auf diese Stadt runter, dann werden die Grössenverhältnisse plötzlich klar. Es geht hier um ein Detail. Die grossen Kisten hat dieser GGR (Technologiecluster, Hertiüberbauung, diverse andere Überbauungen usw.) behandelt. Das ist die Grössenordnung. Wenn man zum Stadtmodell zurückgeht, sieht man diese mittelalterliche Altstadt. Wenn man den Postplatz anschaut oder das Bild in der heutigen Zuger Zeitung, dann sieht man, dass es hier um ein ganz kleines städtebauliches Problem geht. Jetzt kommen aber die Ideologien. Jetzt kann man von linker Seite nicht zugeben, dass es ein Detail ist. Das Auto ist was Böses, und es ist unglaublich: dieses Auto muss bekämpft werden, es müssen Velos her. Das ist doch jetzt das Thema. Wenn diese Parkplätze aufgehoben werden, wird kein Problem auf dieser Welt gelöst. Aber eine Gruppe von Leuten, einige innovative Restaurateure, Hoteliers, Detailhändler, haben ein zusätzliches Problem. Sie haben schon genügend andere Probleme mit den Arbeitsgesetzen, der Mehrwertsteuerabrechnung, der Bürokratie der Stadt, mit den Gebühren, welche die Stadt erhebt usw. Es geht hier darum, die Rahmenbedingungen zu setzen. Es geht nicht um mehr oder weniger. Es geht nicht darum, festzustellen, dass das Auto etwas Schlechtes ist. Es gilt, die Rahmenbedingungen für die Altstadt zu setzen. Viel Geld wird ausgegeben – Stadtpräsident Dolfi Müller an vorderster Stelle – um die Altstadt zu beleben. Gleichzeitig macht man aber solche Massnahmen. Die juristischen Erklärungen von Stadtpräsident Dolfi Müller in Ehren. Wenn er dies im Stadtrat so erfolgreich erklärt hat, dann fallen die Bürgerlichen reihenweise um. Das ist das Problem. Da gibt Philip C. Brunner seinem Vorredner vom Gewerbeverein genau den Punkt: Am meisten enttäuscht hat Philip C. Brunner in dieser Vorlage des Stadtrates, dass der Stadtrat schreibt, es hätte sich gar nichts geändert, es sei alles gleich und man mache weiter. Wenn man mit dieser Stadt so weiter macht, dann wird man politisch ein Problem kriegen. Philip C. Brunner weiss nicht, wer davon profitiert. Es geht nicht, dass man sich um Probleme negiert. Verschiedene Probleme brauchen jetzt Lösungen. Heute hat der GGR wahrscheinlich einen der wichtigsten Vorstösse in diesem Parlament in dieser Legislatur überwiesen, nämlich das Postulat betr. Güterbahnhofareal. Vor einiger Zeit hat der GGR ohne Diskussion den Vorstoss betreffend ZVB-Areal überwiesen. Das sind Fragen, welche diese Stadt beschäftigen und nicht diese Parkplätze. Was Stadtpräsident Dolfi Müller am meisten ärgert ist dieser Misserfolg, diese Blockade. Es ist die Aufgabe dieses Parlaments, den Stadtrat zu führen und hinzuführen zu guten Lösungen. Philip C. Brunner stellt nun den Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion.

Ratspräsident Hugo Halter: Der Ordnungsantrag ist gestellt, aber die eingetragenen acht Redner haben noch das Recht, ihr Votum zu halten.

Philip C. Brunner zieht den Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion zurück.

Ratspräsident Hugo Halter setzt demnach die Diskussion fort.

Astrid Estermann ist es wichtig, klar zu machen, dass die Grünen und die linke Seite nicht gegen, sondern für das Gewerbe ist. Es wird so gesagt, als hätten die Linken etwas gegen das Gewerbe, natürlich nicht. Auch die Linken sind dafür, dass es in der Altstadt ein florierendes Gewerbe gibt. Das gibt es, wenn alle regelmässig auch dort in diesen Geschäften einkaufen gehen. Astrid Estermann weiss nicht, wer alles das regelmässig auch tut. Da muss man sich an der Nase nehmen. Da kommt es nicht darauf an, ob es hier einen Parkplatz hat oder nicht. Astrid Estermann hat eine andere Vorstellung, wie das Gewerbe zukünftig anders unterstützt werden könnte. Bisher gab es diese oberirdischen Parkplätze, und das Gewerbe hatte Mühe. Es sind Läden weggezogen, trotz der oberirdischen Parkplätze. Jetzt gibt es dann ein neues Parkhaus mit mehr unterir-

dischen Parkplätzen, welche auch ermöglichen, dass Kunden länger parken und vielleicht auch länger in dieser Altstadt und auf dem Postplatz verweilen können. Die Fraktion Alternative-CSP ist der Überzeugung, dass eine andere Gestaltung des Postplatzes – allenfalls auch Platz für Markt, Stände, Restaurants usw. – innovativ für das Gewerbe sein könnte. Das ist die Überzeugung der Fraktion Alternative-CSP, nicht weil sie gegen, sondern für das Gewerbe ist. Man hat jetzt immer mit den gleichen Ideen versucht, das Gewerbe zu stützen. Die Fraktion der Alternative-CSP ist überzeugt, dass es neue Ideen und neue Luft braucht. Das ist Platz für Menschen oberirdisch, Platz für Markt, für Restaurants usw. und nicht weiter diese oberirdischen Kurzparkplätze. Das ist die Meinung der Fraktion Alternative-CSP, weshalb sie an dieser Abstimmung festhalten möchte und nicht, weil man einfach um jeden Preis Recht haben will, sondern weil man eine andere Überzeugung hat..

Monika Mathers: Martin Eisenring sagte verschiedentlich, es sei die Demokratie, dass man verschiedene Anläufe nehme. Das stimmt. Es waren auch verschiedene Anläufe nötig für das Frauenstimmrecht, für die AHV-Revisionen etc. Da ging es aber immer in eine Richtung. Etwas wollte ein Teil des Volkes, dann wurde es abgelehnt. Dann fragte man nochmals usw. Hier ist es aber ein Zickzack, indem ein Bebauungsplan angenommen wird und dann zehn Jahre später, wenn er praktisch ausgeführt ist, wieder abgeändert werden soll. Theoretisch müsste also jetzt wieder abgebrochen werden. Es geht hier um die Rechtssicherheit. Noch schlimmer ist es, wenn ein Kompromiss eingegangen wurde. Monika Mathers unterstützt das Votum von Astrid Estermann, geht es ihr doch nicht darum, Parkplätze zu verhindern. Monika Mathers kann nicht Velo fahren und geht daher immer mit dem Auto oder dem ÖV. Monika Mathers fährt aber auch immer in eine Parkgarage, weil es für sie einfacher ist. Sie kann so lange bleiben wie sie will, sie muss nicht, wenn es regnet, mit dem Schirm und der Einkaufstasche sich ins Auto begeben. Es ist also sicher viel bequemer. Es stimmt nicht, dass die Altstadt total vernachlässigt wird. Martin Eisenring hat gesagt, die Busse würden dort auch nicht mehr durchfahren. Bus Nr. 1, 2, 3, 5, 11 und 13 fahren alle und halten entweder am Kolinplatz oder sogar beim Casino. Beim Casino sind es immerhin noch die Nummern 3 und 5. Das ist eine Bedienung der Altstadt. Die Busse fahren meistens im Rhythmus von 1/4 Stunde. Es passiert sehr oft, dass drei Busse in der Neugasse sich eher stauen als fehlen. Die ganze Diskussion, dass es diese Parkplätze unbedingt für das Gewerbe brauche, ist für Monika Mathers teilweise absurd. In der Zeughausgasse wurde Monika Mathers in einer Boutique gefragt, ob sie unterschreiben würde, dass die Parkplätze am unteren Postplatz bleiben, obwohl die neuen Parkplätze in der Parkgarage viel näher wären. Da wird es ein bisschen lustig. Monika Mathers würde den Platz nicht verbetonieren, kann sich aber vorstellen, unter den zwei Platanen nur einen Kiesplatz und ein paar Bänke zu haben. Sie ist überzeugt, dass auch sie ab und zu mit ihrem Grosskind hierher kommen würde, um auszuruhen und zu spielen.

Urs Bertschi: Es wäre gefährlich, wenn diese Initiative heute zum Beschluss erhoben würde. Denn damit würde hier ein wichtiges Stück Stadtentwicklung und Freiraumgestaltung auf den St. Nimmerleinstag verschoben. Dies wäre für diese Stadt und nach Ansicht von Urs Bertschi im Sinne der Altstadt grobfahrlässig. Es schadet diesem Rat nicht, wenn er sich bei dieser Frage wieder einmal von Vernunft und Verantwortungsbewusstsein gegenüber der ganzen Stadt leiten lässt. Daher soll das Volk über diese Initiative befinden können, wenn gleich Urs Bertschi persönlich dieser Zwängerei wenig abgewinnen kann. Denn alles andere wäre nicht im Interesse der Stadt, sondern würde bedeuten, dass man sich einigen lautstark trommelnden Gewerblern ergeben würde, Gewerblern, die hier einmal mehr ihr ureigenstes Parkplatz-Süppchen zu kochen versuchen, dessen Rezept bloss auf Angstmacherei und Endzeitstimmung für die Altstadt basiert. Die gleichen Gewerbler haben es seit Erlass dieses Bebauungsplanes – seit eben zehn Jahren – nicht geschafft, mit zielführenden konkreten Vorstössen an die Stadt zu gelangen. Man hat jetzt zehn

Jahre nichts getan, man hat zugeschaut, wie diese Altstadt immer toter wird. Es war von Karen Umbach zu hören: sie ist bereits klinisch tot, man hat ihr beide Herzen entrissen. Also fragt man sich: soll man hier überhaupt noch lebensverlängernde Massnahmen treffen (das ist jetzt zynisch und nicht die Meinung von Urs Bertschi, aber man könnte es meinen). Persönlich ist Urs Bertschi der Meinung: die Altstadt hat es bis heute einfach schlicht und ergreifend versäumt, ihr Potential – und es ist ein besonderes Potential gemessen an dieser Stadt, an dieser Neustadt – wirklich zielführend und für die Stadt nützlich zu entwickeln. An Parkplätzen oder 42 Parkplätze mehr wird es nicht liegen. Das ist kein leckeres neues Rezept, das die Initianten hier präsentieren, auch wenn sie weismachen wollen, man würde hier den Lebensnerv der Altstadt abschneiden. Urs Bertschi ist überzeugt – auch aus Beobachtungen aus anderen Städten – dass das Gegenteil der Fall sein wird. Diese Parkplätze werden in der Tat nicht ohne Not aufgehoben, sondern gestützt auf einen gesetzlichen Erlass. Dass das Volk – immerhin hin und wieder auch für die SVP die höchste Instanz, wenn sie sich nicht gleich selber als das Volk wähnt – hierzu 2008 bereits mit rund 65% sich klar geäussert hat, soll heute sogar für FDP und CVP nicht mehr gelten. Sehen sich diese Parteien plötzlich nicht mehr in der Verantwortung? Gibt sich die FDP heute damit zufrieden, dass sie ihrem Parteispezi und Investor Andermatt einen tollen Bebauungsplan hat zuschachern können, ohne dass die Öffentlichkeit heute substantiell davon etwas profitieren soll? Sollte man von den staatstragenden Parteien nicht etwas mehr Verlässlichkeit verlangen können. Reicht es FDP und CVP, wenn sie wie eine Horde dumpfer Lämmer der SVP hinterher trotten, um deren gescheitertes Anliegen von damals wieder aufzuwärmen? Bei dieser Ausgangslage wird und muss es das Mindeste sein, die Initiative dem Volk zu unterbreiten und eben heute nicht zum Beschluss zu erheben. Denn das Volk wollte vor zehn Jahren klar anderes. Daher muss es erneut entscheiden können, ob es der Angstmacherei der Gewerbler und dem Hüsch und Hott das Wort reden will, oder ob es nun endlich eine geordnete Stadtentwicklung befürwortet. Wenn schon diese Ehrenrunde, dann aber eine demokratisch legitimierte! Zum Ganzen aber ist immerhin bemerkenswert, dass es die gleichen Politikerinnen und Politiker sind, die sich hier zu Rettern der Altstadt aufschwingen und die Anliegen der Initianten vertreten, die der Verdichtung der Stadt im Norden und generell dem Wachstum das Wort reden! Aus Sicht von Urs Bertschi einigermassen widersprüchlich, denn diese bewusst geförderte Verlagerung der Stadtaktivitäten und der Konzentration von Ladenflächen im Norden stellt den wahren Todesstoss für die Läden und das Gewerbe in der Altstadt dar. Hier fehlt es an einer erkennbaren Strategie auch eben der bürgerlichen Blockpolitik! Ob dies daran liegt, dass die FDP und die CVP es in dieser Stadt schon längere Zeit aufgegeben haben, selbständig zu denken und bloss der SVP hinterher torkeln, weiss Urs Bertschi nicht. Wie dem auch sei, es war auch heute bereits vom bürgerlichen Stadtrat zu hören, der dann gefälligst bei Fuss agieren soll, diese vermeintliche bürgerliche Allianz, die wohl in Zeiten von BS 14 ihren fatalen Anfang nahm, macht zumindest für Urs Bertschi die Politik in dieser Stadt und auch in diesem Rat ziemlich öde und vermag vor allem keine wirklichen Lösungen mehr zu erarbeiten. Man verwaltet, lähmt, ganz im Sinne der SVP, welche genau mit dieser Strategie schon lange schweizweit unterwegs ist! Zudem dürften es einige – nicht alle ! – Gewerbler in der Altstadt einfach noch immer nicht erkannt haben, dass sie in diesem einzigartigen Stadtgebiet mit tauglichen Nischenangeboten aufwarten und die längst ausgetretenen Pfade verlassen müssen. Eigeninitiativ und nicht staatlich gefördert! Gestern gibt es heute nicht mehr – zumindest nicht mehr in der Altstadt! Das Gestern lässt sich auch mit oberirdischen Parkplätzen nicht zurückholen. Die Altstadt ist gefordert: mehr Mut zur Nische. Der Platzhirsch mag hier als illustres Beispiel erhalten für eben eine gelungene Nischenpolitik. Dass für den Exodus aus der Altstadt und die allgemeine qualitative Verödung in der Altstadt die Parkplätze ursächlich sein sollen, ist schlicht ein Witz. Wer im Platzhirsch gemütlich ein Glas Wein trinken will, fährt ins Parkhaus, neu bald ganz nah, am Postplatz. Wer beim Herrn Lohri ein schönes Uhren kaufen will, braucht etwas Zeit, fährt also ins Parkhaus, neu direkt am Postplatz, oder kommt eh im chinesischen Reisecar. Übrigens: gerade diese fernöstlichen Kunden des Herrn Lohri

sind der beste Beweis dafür, dass es für ein einzigartiges Angebot – eben diese exklusiven Uhren, mit denen er mittlerweile bald Luzern den Rang ablauft - keine Parkplätze vor dem Haus braucht. Denn diese chinesischen Gäste bzw. des Herrn Lohris Kunden sind offenbar gerne bereit, die kurze Distanz von der Frauensteinmatt bis zum Hirschenplatz zu Fuss zu gehen. Da nehmen sie selbst einige Verkehrsbehinderungen in Kauf. Das Parkhaus Postplatz liegt noch viel näher. Man braucht keine oberirdischen Parkplätze in dieser Umgebung zu bewahren, diese sind ein Auslaufmodell. Wer solche Anliegen weiterhin verteidigt, hat die Zeichen der Zeit (noch) nicht erkannt, glaubt irgendwie an Wunder bzw. an die gewerbeerhaltende Wirkung von Parkplätzen. Die Verantwortung für das Überleben der Altstadt liegt – da zitiert Urs Bertschi wahrscheinlich die FDP-Fraktion - bei den Unternehmern und den Gewerbetreibenden, diejenigen auch in der Altstadt selber. Diese müssen Gas geben. Falls es nicht gelingt, dass sich die Altstadt neu erfindet, z.B. als Stadtgebiet mit ausserordentlichen Aufenthaltsqualitäten, wozu der Postplatz einen wichtigen Schritt darstellen könnte, wird sie definitiv sterben, mit oder ohne oberirdische Parkplätze. Man hat es gehört: die Herzen sind ihr bereits entrissen! Daran vermag auch das heute wirklich wieder einmal explizit vorgetragene Lobbying aus der FDP-Fraktion des geschätzten Kollegen nichts zu ändern. Solches hat hier in diesem Rat keinen Platz, da sollte man da wirklich etwas zurückhaltender sein. Man ist hier für die Stadt unterwegs und nicht für die Gewerbetreibenden. Die Gewerbetreibenden sind eine Teilmenge dieser Stadt, Urs Bertschi ist für die ganze Stadt unterwegs, und dann sind sie selbstverständlich miteingeschlossen. „Lassen Sie sich das einfach auf der Zunge zergehen, die Eigenverantwortung für diese Altstadt liegt bei denjenigen, die sie bewohnen und die sie unlängst noch zum Schlafquartier machen wollten.“

Tabea Zimmermann: Plätze müssen leben. Leben ist das, was auch den Gewerbetreibenden hilft und ihnen Geschäfte bringt. Nach Meinung der Fraktion Alternative-CSP leben Plätze, wenn nicht Autos dort stehen, parkiert sind, sondern wenn die Plätze offen sind. Es wird der Fraktion Alternative-CSP vorgeworfen, man hätte kein Gehör für die Gewerbetreibenden. Das stimmt nicht. Wenn Tabea Zimmermann sich bei den Gewerbetreibenden in der Altstadt umhört – Tabea Zimmermann wohnt nicht dort, kenne dort aber auch Gewerbetreibende –sagen diese, dass es für sie wichtig sei, dass es in der Nähe Parkplätze habe. Das wird so sein. Es ist ihnen nicht wichtig, dass sie oberirdisch sind, sie müssen einfach vorhanden sein. Mit dem Parkhaus wird es zusätzliche Parkplätze geben. Wichtig ist auch, dass es Parkplätze für den Warenumschatz gibt, da man teilweise vielleicht viel einkaufen will oder etwas Grosses bringen oder abholen. Das wird weiterhin möglich sein, auch wenn die oberirdischen Parkplätze fehlen. Unabhängig davon, ob der oberirdische Parkplatz hier ist oder das Parkhaus 50 m weiter oben, so hat man, wenn man ein riesiges Paket bringen oder abholen will, ohnehin den Warenumschatz, den man haben will. Deshalb ersucht Tabea Zimmermann, schlussendlich das Volk darüber abstimmen zu lassen. Die Plätze sollen frei sein für die Leute oder eben nur für Autos.

Benny Elsener: Warum ist die CVP-Fraktion heute für die Initiative und denkt selbständig? Weil sie keinen Tunnelblick lebt, sondern ihre Politik in der Gegenwart und für die Zukunft pflegt. Die CVP ist volksnah und hört die Befürchtungen aller an und respektiert es. Es gibt nicht nur Gäste, die in den Platzhirsch gehen, um einen feinen Wein zu trinken. Es gibt auch Gäste, die gehen zum Platzhirsch und holen eine Kiste Wein, oder es gibt Gäste, die gehen zur Reinigung kurz ihre Kleider abholen, oder es gibt Leute, die holen sich eine Pizza. Diese Leute sind nicht interessiert, in das Parkhaus zu fahren. Sie fahren gerne auf einen Kurzzeitparkplatz. Die Situation hat sich merklich geändert. Karin Hägi hat gesagt, 2008 sei der Stadttunnel kein Thema war. Benny Elsener kommt zurück auf das Entwicklungskonzept vom 9. Mai 2006, Seite 32: (Zitat): „Gute Erreichbarkeit dank attraktiven Hauptverkehrsachsen und Stadttunnel.“ (Zitatende). Seite 35, Begegnungszone, wird unter anderem der Postplatz erwähnt. Das war die Voraussetzung 2008 für die Abstimmung. Heute ist es anders. Die SP selber war gegen den Stadttunnel, also ist der

Verkehr nicht unter dem Boden, sondern jetzt halt oben. Darum braucht es oben auch Kurzzeitparkplätze. Die CVP-Fraktion wird die Initiative unterstützen.

Anna Spescha: Es geht bei dieser Initiative nicht um das Gewerbe. Vor dreissig Jahren wurde dieselbe Diskussion um den Landsgemeindeplatz geführt und das Gewerbe hat von der Aufhebung der Parkplätze profitiert. Wenn der Postplatz attraktiv gestaltet wird, wird das Gewerbe davon auch profitieren. Heute geht es darum, die Parkplätze auf dem unteren Postplatz zu belassen, was eine attraktive Gestaltung verunmöglicht. Und es geht heute darum, wie viel das Wort der CVP und der FDP wert ist. Vor zehn Jahren wurde die Aufhebung der oberirdischen Parkplätze auf dem Postplatz sowie in dessen Umgebung beschlossen. Dafür sollten 100 neue und ganze 40 zusätzliche Parkplätze im Parkhaus erschaffen werden. Dies wurde als grosser Kompromiss gelobt. Heute steht das Parkhaus, und damit wird der zweite Teil dieses Abkommens erfüllt. Nun wollen die Bürgerlichen, da ihr Anliegen erfüllt wurde, den ersten Teil rückgängig machen. Das Volk hat am 1. Juni 2008 mit 65% dem neuen Bebauungsplan zugestimmt. Die vorliegende Volksinitiative will diesen Bebauungsplan abändern, der vom Volk grosse Zustimmung erfahren hat. Dass die Bürgerlichen ihre Meinung um 180° geändert haben, ist ja noch das Eine, sie argumentieren, dass sich die Situation so radikal verändert hat, dass der Volkentscheid rückgängig gemacht werden muss. Das stimmt so nicht, das haben auch gewisse Vorredner bereits dargelegt. Auch der Stadttunnel war damals höchstens eine Idee, die nicht vor 2040 realisiert werden sollte. Aber dass man dann noch das Gefühl hat, man mache den Postplatz zu einem attraktiven Platz mit dieser Initiative, das ist schon ziemlich schräg. Wenn man die Parkplätze dort belässt, wird das kein attraktiver Platz, niemals. Deshalb: „Seien wir heute mutig und lassen wir die Umnutzung des Postplatzes zu, damit der eigentlich schönste Platz der Stadt Zug endlich wieder zur Geltung kommt.“ Vor zehn Jahren wurde ein Kompromiss geschlossen, und die 109 öffentlichen Parkplätze wurden realisiert. Jetzt gilt es auch die andere Seite des Volksentscheides einzuhalten und die oberirdischen Parkplätze aufzuheben. Die Stadt Zug wird dadurch gewinnen, die Einwohnerinnen und Einwohner ebenso wie das Gewerbe. Anna Spescha ersucht daher, die Volksinitiative mit dem irreführenden Titel „Ja zu Gewerbe und Läden in der Altstadt“ abzulehnen.

Stadtpräsident Dolfi Müller ist aufmerksam der Diskussion gefolgt und ist sich nicht mehr sicher, wer nostalgisch träumt. Dieser Vorwurf wurde ja erhoben. Stadtpräsident Dolfi Müller wagt nun einen Blick in die Zukunft und nicht in die Nostalgie: Jetzt ist das Jahr 2018. Es ist eine Zeitenwende, die hier stattfindet. Man ist hier an einem Ort, wo die Zukunft massiv anders aussehen kann. Das ist richtig. Richtig ist auch, dass das Angst macht, nicht nur dem Gewerbe, Stadtpräsident Dolfi Müller manchmal auch. Darum geht es ihm darum, einen kleinen Blick in die Zukunft zu werfen. Dabei beruft er sich nicht auf sich, sondern auf das GDI-Institut Gottlieb Duttweiler für Zukunftsforschung. Sie sagen, dass es klare Generaltrends gibt, eben auch im Detailhandel. Es ist leider so, ob das einem gefällt oder nicht, ob man das gut oder schlecht findet. Der Onlineeinkauf wird immer stärker. Stadtpräsident Dolfi Müller findet das auch nicht gut. Es gibt immer mehr Auslandeinkauf – nur schon weil es ein Reiseerlebnis ist -. Das machen die meisten hier drin. Es gibt immer mehr in dieser Generation der Gesättigten einen Konsumüberdruß. Irgendwann hat man genug Hemden gekauft. Das reizt nicht mehr gleich. Das ist die Übersättigungssituation und ein klassisches Wohlstandsproblem. Man kann es mit einem Begriff umschreiben: Strukturwandel. Eines ist sicher: mehr Parkplätze können diesen Wandel nicht aufhalten, ob oberirdisch oder im Parkhaus. So wenig wie Donald Trump mit Strafzöllen die Stahlarbeiter im rust belt retten wird. Die guten Ökonomen laufen Donald Trump schon lange davon, weil sie sagen, er könne sich nicht gegen den Strukturwandel stämmen. Wenn man dem Gewerbe helfen will, muss man den öffentlichen Raum als gute Stube dieser Stadt aufwerten. Die Menschen müssen sich hier wohl fühlen. Sie müssen sagen: „Ich will in die Stadt, ich will nicht im privaten Gar-

ten sitzen. Ich will in die Stadt, z.B. zur Post rauf.“ Die Pöstler wissen, was Rendite heisst, sie werden über kurz oder lang unten einen guten Gastroort anbieten. Sie wollen Leute anziehen, da muss bezahlt werden können. Um die Post hat Stadtpräsident Dolfi Müller keine Angst, da kommen die Leute. Sie brauchen aber freigespielte Plätze, das ist die Hardware. Kulturfeste, Shoppingnights, Gastroerlebnisse, das ist die Software. Da ist wahnsinnig positiv: nächsten Freitag ist das grosse Primaverafest in der Altstadt. Das ist der richtige Weg und nicht, sich über fehlende Parkplätze zu beklagen, sondern Kompliment: Musik machen, das hat Ausstrahlung und bringt Kraft. Auch das St. Oswaldsgass-Fest, der Weihnachtsmarkt usw. sind die Dinge, die ziehen. So holt man sich die Leute rein. Phantasie und Tatkraft sind gefragt. Es wurde gesagt, der Stadtrat sei völlig tatenlos gewesen. Dazu ein paar Daten:

2011: Neugestaltung des Postplatzes

2015: Altstadtreglement

2017: Baukredit unterer Postplatz

Das Wichtigste: Das Parkhaus steht. Es ist gebaut mit 100 öffentlichen Parkplätzen. Güterumschlag ist möglich. Man kann oberirdisch parkieren, Pizza holen und wieder gehen. Das ist völlig sauber, das reicht. Stadtpräsident Dolfi Müller weiss gar nicht, wovon noch gesprochen wird. Eines ist er ganz sicher: die autogerechte Stadt ist ein Konstrukt aus dem letzten Jahrhundert und weder visionär noch phantasievoll, sondern ein arg verstaubter Ladenhüter. Da muss man sich schon fragen: Wo sitzen jetzt die Nostalgiker. P Philip C. Brunner hat schon Recht, die Stadt Zug hat grössere Probleme zusammen gelöst. Das ist auch immer wieder erfreulich. Eine gute Stadt, das ist immer ein Gemeinschaftswerk der Politik und den Menschen, die hier sitzen. Jetzt wird genau das Gegenteil gemacht: Es werden alte Gräben aufgerissen, und man legt sich ohne Not gegenseitig lahm. Das macht Stadtpräsident Dolfi Müller Sorge. Das geht einfach nicht. Es ist klimatisch schlecht, wenn man sagt: ok, Parkhaus bauen: Das ist jetzt gemacht. Nachher aber Parkplätze aufheben: April, April. Wer lässt sich schon gerne über den Tisch ziehen? Das ist die Frage. Das ist thematisch schlecht. Da wird man irgendwann wieder zurückschiessen. Blockaden hat es genug. Über den Park Tower kann man noch einigermaßen schmunzeln, über das Salesianum aber schon weniger, und über den Postplatz definitiv nicht. Dafür ist er nämlich ganz einfach zu wichtig.

Stefan Hodel: Nach dieser sehr guten Aussage gibt es nicht mehr so viel zu sagen: Stefan Hodel hatte etwas Zeit vor der Sitzung und wollte schauen, worum es geht. So ging er – nachdem er in der Altstadt einen Einkauf getätigt hatte – mit seinem Velo in die Tiefgarage. UG 1: breite Einfahrt, wunderbar beleuchtet, tip op markiert, jedes Parkfeld beschriftet: 47 Parkplätze. UG 2: 51 Parkplätze. UG 3: 42 Parkplätze. UG 4: 57 Parkplätze. Zusammengezählt ergibt das 197 Parkplätze. In dieser Gegend gibt es nicht nur 60 Parkplätze mehr, sondern 197 – 60, d.h. 137 Parkplätze mehr gibt es hier, die den Privaten und Öffentlichen zur Verfügung stehen. Was will man mehr? Für Stefan Hodel ist klar: diese Initiative gehört zurück an den Stimmbürger. Der Stimmbürger soll darüber abstimmen, ob er dafür ist. Für Stefan Hodel ist es klar: Nein, sicher nicht. Ein paar Bemerkungen noch zu den Velofahrern: Die Velofahrer gehen nicht nach Waldshut zum Einkaufen, sondern sie kaufen hier in der Stadt ein. Stefan Hodel hat noch nie eine Auslandsfahrt gemacht zum Einkaufen.

David Meyer: Hier sind alles Vertreter von Steuerzahlenden. Vor 10 Jahren haben 65% der städtischen Steuerzahlenden Ja gesagt für CHF 9 Mio. ein Parkhaus zu realisieren und sich damit den Platz hier freizukaufen. Das ist ein Deal. Was jetzt läuft, ist ein Dealbruch. David Meyer ist gespannt, wie die Bürger, welche die CHF 9 Mio. versenkt hätten, reagieren bzw. wie man das den Wählern erklärt. David Meyer freut sich fast ein bisschen auf diesen Abstimmungskampf, er wird sicher ganz unterhaltsam.

Gregor R. Bruhin heizt Diskussion nicht weiter an, sondern stellt den Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion und um Abstimmung.

Stefan Huber beantragt angesichts der Transparenz gegenüber dem Volksentscheid von vor zehn Jahren gemäss § 61 der GSO eine Namensabstimmung für die Beschlussnahme der Volksinitiative.

Philip C. Brunner: Es wurde mehrfach erwähnt, dass diese Parkplätze der Stadt gehören. Das stimmt nicht. Inzwischen gehören sie der Pensionskasse der Stadt Zug. Das war auch ein Punkt, weshalb die SVP-Fraktion damals gegen das Projekt war. Die SVP-Fraktion sah es nicht als Staatsaufgabe, Parkplätze zu finanzieren. Philip C. Brunner sieht, dass er im gleichen Geist tickt wie Stefan Hodel. Philip C. Brunner hat das gleiche auch gemacht. Nach dem zweiten Stock ist ihm aber das schlechte Gewissen eingefahren, er könnte erwischt werden. Als Stadtratskandidat auf fremdem Boden irgendwo die Nase reinstecken, das war nicht ganz sein Ding. Diese Zahlen sind aber sehr interessant. Was man aber wissen muss: Es ist Sache des privaten Investors, die Hälfte dieser Parkplätze privat zu vermieten. Er hat das gemacht zu sehr schönen und stolzen Preisen. Das ist sein gutes Recht. Diese Parkplätze, die permanent vermietet werden – es dürften wahrscheinlich über 100 sein – stehen nicht zur Verfügung für das Einkaufsvergnügen oder den Ausgang. Das Komitee ist ganz klar der Meinung: Es geht um den Erhalt von Kurzzeitparkplätzen. Es geht nicht darum, dass jemand zwei Stunden vor dem Regierungsgebäude steht und dann zurückkommt und noch den Fünfliber einwirft. Das ist nicht die Idee. Die Idee ist, dass die Leute, welche etwas abholen oder bringen sollen, von diesen Parkplätzen profitieren können. Auch hier ein Regimewechsel.

Abstimmung

über den Ordnungsantrag von Gregor R. Bruhin für Abbruch der Diskussion:

Für den Ordnungsantrag stimmen 32 Ratsmitglieder dagegen stimmen 3 Ratsmitglieder, bei 1 Enthaltung.

Ergebnis:

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass der Ordnungsantrag von Gregor R. Bruhin für Abbruch der Diskussion mit 32:3 Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheissen ist.

Ratspräsident Hugo Halter: Es liegt noch der Ordnungsantrag von Stefan Huber vor. Es wird davon ausgehen, dass dieser die Schlussabstimmung betrifft.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress erfolgen keine Wortmeldungen.

Ratspräsident Hugo Halter erklärt so beschlossen.

Ziff. 1

Stefan Huber: Das Stimmvolk soll wissen, wer die Vorlage zur Annahme und wer zur Ablehnung empfiehlt. Damit weiss man, wer den Volksentscheid akzeptiert, der noch nicht ausgeführt wurde, und wer nicht.

Ratspräsident Hugo Halter: Über Ziff. 1 wird nun abgestimmt. Unter Ziff. 2 wird über den Antrag betr. Namensabstimmung abgestimmt und anschliessend die Abstimmung durchgeführt.

Urs Bertschi: Wird jetzt der Beschlussesentwurf aufgesplittet?

Ratspräsident Hugo Halter: Zu Ziff. 1 liegt kein Antrag vor, jedoch für Ziff. 2

Zu Ziff. 1 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Hugo Halter erklärt so beschlossen.

Ziff. 2:

Ratspräsident Hugo Halter: Hiezu liegt ein Antrag der FDP-Fraktion für Zustimmung und ein Antrag von Stefan Huber für die Abstimmung unter Namensaufruf vor.

Abstimmung

über den Antrag von Stefan Huber für Abstimmung unter Namensaufruf:

Für den Antrag von Stefan Huber stimmen 33 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass mit 33 Jastimmen das nötige Quorum von einem Drittel der Stimmen der Anwesenden erreicht und der Antrag von Stefan Huber für Abstimmung unter Namensaufruf gutgeheissen ist.

Abstimmung über Ziff. 2 gemäss Antrag Stadtrat

Bertschi Urs	Ja
Birchmeier Eliane	Nein
Blank Daniel	Nein
Bruhin Gregor R.	Nein
Brunner Philip C.	Nein
Bühlman Beat	Nein
Burkard Roman	Nein
Eisenring Martin	Nein
Elsener Benny	Nein
Estermann Astrid	Ja
Giger Susanne	Ja
Gysel Barbara	Ja
Hägi Karin	Ja
Hauser Werner	Nein
Hodel Stefan	Ja
Huber Stefan	Ja
Iten Christoph	nicht anwesend
Kremel Corina	Nein
Leemann Rainer	Nein
Mathers Monika	Ja
Messmer Jürg	Nein
Meyer David	Ja
Moos Stefan	Nein
Müller Barbara	Ja
Pircher Manfred	Nein
Reinhart Isabelle	Ja
Rüegg Richard	Nein
Rütimann Peter	Nein

Sivaganesan Rupan	Ja
Spescha Anna	Ja
Stäheli Barbara	Ja
Stierli Cornelia	Nein
Umbach Karen	Nein
Vollenweider Willi	Ja
Voser Ignaz	Ja
Weiss Joshua	Nein
Wetzel Mathias	Nein
Zimmermann Bruno	Nein
Zimmermann Tabea	Ja

Ergebnis:

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass der GGR mit 17 Ja- und 21 Neinstimmen den Antrag des Stadtrates abgelehnt hat. Der Antrag der FDP-Fraktion auf Annahme der Initiative ist daher zustande gekommen.

Zu Ziff. 3 bis 5 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Hugo Halter erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung unter Namensaufruf:

Bertschi Urs	Nein
Birchmeier Eliane	Ja
Blank Daniel	Ja
Bruhin Gregor R.	Ja
Brunner Philip C.	Ja
Bühlmann Beat	Ja
Burkard Roman	Ja
Eisenring Martin	Ja
Elsener Benny	Ja
Estermann Astrid	Nein
Giger Susanne	Nein
Gysel Barbara	Nein
Hägi Karin	Nein
Hauser Werner	Ja
Hodel Stefan	Nein
Huber Stefan	Ja
Iten Christoph	nicht anwesend
Kremel Corina	Ja
Leemann Rainer	Ja
Mathers Monika	Nein
Messmer Jürg	Ja
Meyer David	Nein
Moos Stefan	Ja
Müller Barbara	Nein
Pircher Manfred	Ja
Reinhart Isabelle	Nein
Rüegg Richard	Ja
Rütimann Peter	Ja

Sivaganesan Rupan	Nein
Spescha Anna	Nein
Stäheli Barbara	Nein
Stierli Cornelia	Ja
Umbach Karen	Ja
Vollenweider Willi	Nein
Voser Ignaz	Nein
Weiss Joshua	Ja
Wetzel Mathias	Ja
Zimmermann Bruno	Ja
Zimmermann Tabea	Nein

Ergebnis:

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass der GGR in der Schlussabstimmung mit 22 Ja- und 16 Neinstimmen dem Antrag des Stadtrates zugestimmt hat.

Barbara Gysel: Die Schlussabstimmung lautet gemäss Ziff. 7 der Vorlage: „Wir beantragen Ihnen, die Volksinitiative „Ja zu Gewerbe und Läden in der Altstadt“ für gültig zu erklären und der Urnenabstimmung zu unterstellen, dem Stimmvolk die Initiative zur Zustimmung zu empfehlen.“ Zur Klärung zuhanden des Protokolls: Die SP-Fraktion ist dafür, dass das Stimmvolk darüber entscheidet, jedoch gegen den materiellen Inhalt. Daher kann diese Schlussabstimmung unterschiedlich bewertet werden.

**Beschluss
des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1673**

betreffend Volksinitiative "Ja zu Gewerbe und Läden in der Altstadt!"; Prüfung der Gültigkeit und Abstimmungsempfehlung

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2474 vom 27. Februar 2018:

1. Die Volksinitiative "Ja zu Gewerbe und Läden in der Altstadt!" wird für gültig erklärt und dem Volk zur Urnenabstimmung unterbreitet.
2. Die Volksinitiative "Ja zu Gewerbe und Läden in der Altstadt!" wird den Stimmberechtigten zur Annahme empfohlen.
3. Dieser Beschluss wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
5. Gegen diesen Beschluss kann
 - a) gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt 20 Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.
 - b) gemäss § 17bis des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 67 ff. des Wahl- und Abstimmungsgesetzes wegen Verletzung des Stimmrechts beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Stimmrechtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt zehn Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

8. Interpellation Fraktion Alternative-CSP vom 22. November 2017 zur geplanten Videoüberwachung zwischen Bahnhof und Bossard-Arena

Der Wortlaut der Interpellation befindet sich auf Seite 6 f des GGR-Protokolls Nr. 12 der Sitzung vom 12. Dezember 2017.

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrats Nr. 2473 vom 20. Februar 2018

Susanne Giger: Die Fraktion Alternative-CSP bedankt sich für die Antwort des Stadtrates und nimmt diese zur Kenntnis! Die Frage der Zuständigkeit in dieser Sache ist uns klar. Aber da die Stadt Zug bei stadteigenen Objekten die Genehmigung zur Installation der vorgesehenen Kameras erteilt hat, sind unsere Fragen angebracht. Bei über 750 verzeichneten Straftaten wie verschiedene Sexualdelikte, Freiheitsberaubung, Körperverletzung, Delikte gegen Leib- und Leben, Gewalt, Raufhandel, Diebstähle, Sachbeschädigungen und Betäubungsmitteldelikte ist die Frage, ob diesen Taten mit Videoüberwachung entgegengewirkt werden kann mehr als legitim. Videokameras dienen höchstens der Beweisführung im Nachhinein sofern die Bildqualität der Aufnahmen dies zulässt. Die Fraktion Alternative-CSP glaubt nicht, dass mit Videoüberwachung Straftaten verhindert werden können, dass eine sinnvolle Beschilderung die gesetzlichen Vorgaben erfüllt, mag sein, genügt aber sicher nicht, um nur eine der aufgeführten Straftaten zu verhindern. Die präventive Wirkung von Videokameras ist mehr als umstritten. Es erstaunt darum, dass der Stadtrat in seiner Antwort zu Frage 6 sagt, dass eine erhöhte Polizeipräsenz in diesem Gebiet die Sicherheit erhöhen und die Anzahl der erwähnten Straftaten "möglicherweise" reduzieren könnte. Die Fraktion Alternative-CSP ist klar der Meinung, dass die personellen zusätzlichen Mittel hier bereit gestellt werden müssen und dass diese nicht nur dem Sicherheitsgewinn sondern auch dem Sicherheitsgefühl der EinwohnerInnen dienen werden. Der Stadtrat wird aufgefordert, sich in dieser Frage auf kantonaler Ebene einzusetzen.

Barbara Gysel beantragt Diskussion.

Ergebnis:

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird und somit die Diskussion als stillschweigend beschlossen erscheint.

Barbara Gysel: Die SP-Fraktion steht der Videoüberwachung seit jeher sehr kritisch gegenüber - auch den 23 Kameras zwischen Bahnhof und Bossard-Arena. Prävention durch Videokameras ist höchstens Wunschdenken. Die Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum ist für die SP-Fraktion nicht tragbar und sie kritisiert diese vehement, weil sie keinen nachweisbaren Nutzen erkennt. Der Kantonsrat genehmigte vor vielen Jahren, Mitte September 2009, mit 10:49 Stimmen die Schaffung einer entsprechenden Gesetzesgrundlage, worauf diese aktuelle Planung beruht. Die SP war erstaunlicherweise die einzige Partei, die sich dagegen aussprach. Gesellschaftliche Probleme lassen sich nicht an die Polizei oder an Kameras delegieren. Videoüberwachung ist keine wirkliche Prävention! Genau das wäre aber die Idee von der Beschilderung, siehe Antwort auf Frage 3 (die Schilder würden die präventive Wirkung beeinflussen). Überwachungen mit Kameras können zwar das persönliche Sicherheitsgefühl steigern. Vielleicht kurzfristig! Aber nicht auf Dauer, das beweisen viele Studien. Die Videoüberwachung ist kein Allheilmittel, das als Massnahme etwa gegen Gewalt gepredigt werden kann. Der Nutzen der Videoüberwachung für die öffentliche Sicherheit ist äusserst umstritten und Forschung zeigt, dass das individuelle Sicherheitsgefühl nicht nachhaltig wirkt. Es verändert sich oft schlicht das Verhalten der Täter. Sie können an andere Orte ausweichen. Viele Gewaltakte passieren letztlich trotz Video-

überwachung. Es geht aber noch um etwas anderes: die persönliche Freiheit wird durch Videoüberwachung zusätzlich eingeschränkt. Ja, es ist gar ein Eingriff in die Grundrechte. Die Dauerbeobachtung ist ein Eingriff in die persönliche Freiheit und zwar vor allem für unbescholtene Bürgerinnen und Bürger. Die SP ist daher wie auch die Alternative-CSP der Meinung, dass besser in andere Sicherheitsmassnahmen investiert werden sollten. Die SP-Fraktion fordert eine Sicherheitspolitik unter dem Motto "Mehr Menschen statt Kameras". Die sichtbare Präsenz von Menschen - sei es Polizei und Sicherheitspersonal - sind ihres Erachtens deutlich wirksamer. Zu dieser Einschätzung kommt offenbar sogar auch die SVP. Leider bezeugt die Antwort auf Frage 6, dass dem vermehrten Einsatz von Personal eine Absage erteilt wird.

Nun noch Fragen:

Die ausgeweitete Installation von 23 Kameras zwischen Bahnhof und Bossard-Arena wird auch mit der hohen Zahl von «polizeilichen Ereignissen» in diesem Gebiet begründet. Seit 2014 hätte es im erwähnten Perimeter mehr als 1'500 polizeiliche Ereignisse gegeben, davon über 750 strafbare Handlungen (nachzulesen in der vorliegenden Antwort des Stadtrates vom 20. Februar 2018, S. 1). Schon im November 2017 berichtete die Zuger Zeitung über die 750 Straftaten seit 2014. Die FDP nannte es «Hotspot der Kriminalität». Barbara Gysel zitiert aus dem erwähnten Zeitungsartikel vom 14. Nov. 2017: «Dass das künftig überwachte Gebiet ein Hotspot sei, kann die Stadt nicht direkt bestätigen. [Stadtrat Urs] Raschle verweist darauf, dass die Stadt einen anderen Fokus habe. «Die Aufgabe der Polizei ist die Sicherheit. Unser Bereich ist Ruhe und Ordnung. In diesem Bereich haben wir andere Orte, die wir im Auge haben» Der Stadtrat denkt dabei vor allem an die Seepromenade, an der vor allem im Sommer Littering ein Problem ist. Die Stadt will darum auch die Wirkung der Kameras beobachten. Sollte die Überwachung die gewünschte Wirkung erzielen, könnte sich auch die Stadt vorstellen, an ihren Hotspots Kameras einzusetzen. Raschle: «Es könnte je nachdem ein Thema werden, das wir prüfen. Jetzt warten wir aber erst einmal ab.» Wenn mit solchen Informationen zur «Kriminalitätsrate» die Videoüberwachung legitimiert wird, möchte die SP-Fraktion gerne folgendes wissen:

1. Welcher Art sind die 1'500 polizeilichen Ereignisse im Gebiet Bahnhof und Bossard-Arena, resp. die 750 strafbaren Handlungen?
2. Ist es korrekt, dass der Stadtrat verneint, dass das überwachte Gebiet ein Hotspot sei?
3. Hat die Stadt grundsätzlich Kenntnis (oder ein Monitoring), in welchen geografischen Räumen welche polizeilichen Ereignisse vorkommen?
4. Der Stadtrat unterscheidet zu Recht zwischen Sicherheit (Aufgabe der Polizei) und Ruhe und Ordnung (Aufgabe Stadt). Ist es zutreffend, dass der Stadtrat künftig auch für die Einhaltung von Ruhe und Ordnung erwägen könnte, Videokameras einzusetzen?

Stadtrat Urs Raschle dankt für die grundsätzlich positive Aufnahme der Antworten. Für den Stadtrat war dies ein Spagat, den grundsätzlich ist er nicht für diese genannte Videogeschichte verantwortlich, sondern bekam die Anfrage seitens Sicherheitsdirektion und der Zuger Polizei, ob man an gewissen Gebäuden solche Kameras installieren könne oder nicht. Bei diesen Anfragen musste der Stadtrat genau feststellen, ob es geht oder nicht. Bei gewissen Gebäuden ist es nun möglich. Daher die grosse Bitte des Stadtrates: "Bitte, schicken Sie zukünftig solche Interpellationen und Anfragen an die richtigen Stellen. Bei diesem Beispiel wäre es eben der Regierungsrat, der darüber mehr Auskunft geben kann. Der Stadtrat hat sehr eng mit der Sicherheitsdirektion und der Zuger Polizei zusammengearbeitet, um diese Fragen zu beantworten. Stadtrat Urs Raschle dankt an dieser Stelle herzlich für die Unterstützung dieser beiden Partner. Nun zu den Fragen der SP-Fraktion:

Seitens Sicherheitsdirektion und Zuger Polizei hat der Stadtrat erfahren, dass es 1'500 Straftaten in den letzten Jahren waren. Der Stadtrat kennt nicht alle Straftaten genau, da er grundsätzlich nicht für die Sicherheit, sondern für die Bereiche Ruhe und Ordnung zuständig ist. Diese Gewaltentrennung ist äusserst sinnvoll. Einmal im Jahr kommt man zusammen und bespricht die wich-

tigsten Aspekte, auch die wichtigsten Unfälle und „Gewaltverbrechen“, die passiert sind. Grosse Zahlen bzw., was wirklich alles passiert, weiss der Stadtrat nicht, das liegt in der Kompetenz der Zuger Polizei. Dort soll es auch bleiben. Die Beantwortung des Stadtrates entstammt daher aus der Antwort der Sicherheitspolizei und der Zuger Polizei. Diese wurde so übernommen, da es der Stadtrat selber nicht genau weiss.

Frage 2: Aus Sicht des Stadtrates ist diese Gegend nicht ein Hotspot. Wie bereits erwähnt, ist aber der Stadtrat nicht für die Sicherheit verantwortlich, sondern für die Bereiche Ruhe und Ordnung. Da gibt es ganz klar mehr Gegenden, die den Stadtrat mehr beschäftigen. Das betrifft vor allem das Gebiet beim See und das Thema Littering. Daher ist dies für den Stadtrat kein sogenannter Hotspot. Die Stelle für die Koordination der öffentlichen Sicherheit und Ordnung pflegt einen sehr engen Kontakt mit der Zuger Polizei. Es finden wöchentlich Sitzungen statt. Da gibt es auch Abgleiche, was passiert und welche Massnahmen zu ergreifen sind. Man ist da aber sehr auf die Zuger Polizei angewiesen, um diese Daten zu erhalten.

Frage 4: Grundsätzlich beobachtet der Stadtrat solche Massnahmen schon, denn es liegt auch in seinem Interesse, dass ein gewisses Sicherheitsgefühl an den Hotspots erreicht werden kann, Hotspots, welche für den Stadtrat von grosser Bedeutung sind, sprich den Seeanlagen. Daher hat der Stadtrat dies schon vor gut einem Jahr positiv zur Kenntnis genommen, als die Zuger Polizei mitteilte, sie würden diesen Versuch starten. So konnte der Stadtrat sagen, dass er mal schaut, was passiert. Aber es ist dem Stadtrat sehr wichtig, dass dieser Versuch nun beobachtet wird und auch kritische Fragen gestellt werden. Basierend auf den ersten Erkenntnissen wird allenfalls über das weitere Vorgehen entschieden. Videokameras im öffentlichen Raum sind eine sehr delikate Angelegenheit, da spielt auch der Datenschutz zu Recht mit.

Ergebnis:

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass die Interpellation Fraktion Alternative-CSP vom 22. November 2017 zur geplanten Videoüberwachung zwischen Bahnhof und Bossard-Arena beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.

9. Mitteilungen

Ratspräsident Hugo Halter: Für Gemeinderat Beat Bühlmann war das seine letzte Sitzung im Rat. Namens der Bevölkerung dankt Ratspräsident Hugo Halter Beat Bühlmann für seinen Einsatz und wünscht ihm weiterhin alles Gute.“

Beat Bühlmann: „Es ist heute mein letzter Tag im GGR als gewählter Parlamentarier, was nicht heissen soll, dass ich nie mehr in diesem Raum sein werde – das würde ich jetzt hier an dieser Stelle nicht unterschreiben. Es ist Zeit, dem Nachwuchs Platz zu machen. Es ist aber auch Zeit, um Danke zu sagen. Ich hatte hier eine gute Zeit – auch in der zweiten Legislatur -, interessante Gespräche gehabt, spannende Leute kennen gelernt, auch das eine oder andere erreicht. Ich möchte hier an das Reglement für den vergünstigten Wohnungsbau erinnern, das ich als Einzelvorstoss eingeben musste, weil keiner mitmachen wollte. Kaum war es in der Zeitung, wollten alle mitmachen. Ich habe ein kleines Abschiedsgeschenk mitgenommen, für jeden einen kleinen Osterhasen. Ich wünsche weiterhin allen Personen privat, geschäftlich und politisch alles Gute, viel Erfolg – selbstverständlich immer und nur immer im Sinne des Volkes, das haben wir heute auch xmal gehört – und freue mich auch in Zukunft auf die eine oder andere Interaktion.-

Ratspräsident Hugo Halter: Die Nachfolge von Beat Bühlmann wird per 1. April 2018 Thomas Dubach von der SVP sein.

Ratspräsident Hugo Halter: Die Jungbürgerfeier findet am Mittwoch, 28. März 2018, statt. Der Stadtrat hat ein neues Format ausgearbeitet und die Einladung verschickt. Es sind aber noch kurzfristig Anmeldungen möglich.

Ratspräsident Hugo Halter: „Und nun zu unserer Protokollführerin Ruth Schorno: Das war dein letzter Streich in dieser Funktion in diesem Rat. Niemand sass so lange hier vorne wie du. Ruth war seit dem 1. Januar 1992 unsere Protokollschreiberin. Dein Gegenüber im Rat wechselte ständig, ganz sicher jedoch alle vier Jahre, und neben dir auf dem präsidialen Stuhl sicher alle zwei Jahre. Seit nunmehr rund 26 Jahren hast du mit dem heutigen Protokoll 339 Protokolle in hoher Qualität für uns alle erstellt. Deine seriöse und präzise Art und insbesondere deine stoische Ruhe beim hie und da Erdulden von zum Teil endlosen Diskussionen haben nicht nur mich beeindruckt. Nun schaust du bereits in die nächste Geländekammer und deinen nächsten Lebensabschnitt. Gerne hoffen wir, liebe Ruth, dass du diese Zeit voll geniessen darfst, und das natürlich bei allerbesten Gesundheit. Es würde den Rat auch in der neuen Legislatur sicher freuen, wenn du mal als Besucherin und aus einer anderen Perspektive uns einen Besuch abstatten würdest. Im Namen des Rates und ganz persönlich auch in meiner Funktion als Ratspräsident danke ich dir ganz herzlich für deine grosse Arbeit. Liebe Ruth, Danke, machs gut, und ich überreiche dir gerne im Namen des Rates einen Blumenstrauss.

Herzlichen Dank, Ruth, wenn du möchtest, dürftest du auch etwas sagen – du musst aber nicht!“

Ruth Schorno: „Ich habe jetzt 26 Jahre geschwiegen, jetzt möchte ich aber doch noch ein paar Worte sagen. Ich möchte mich beim Stadtrat bedanken, welcher vor 26 Jahren den Mut hatte, mich anzustellen. Ich kam von auswärts und machte meine Arbeit von zu Hause aus – ich stand also nicht unter der Kontrolle des Stadthauses -. Vielen Dank! Einen Dank gilt auch dem früheren und jetzigen Rat für die Wertschätzung, die ich die ganze Zeit erfahren habe. Ich habe praktisch nie Kritik erfahren und gemerkt, dass man weiss, was hinter dieser Arbeit steckt. Auch Ihnen allen ein grosses Dankeschön. Ein weiterer Dank gilt der ganzen Verwaltung, dem Stadtrat und der Stadtkanzlei, vor allem aber Gaby Kottmann, für die sehr gute Zusammenarbeit. Ich wünsche allen für die Zukunft alles Gute, gute Gesundheit und weiterhin viel Freude bei der Politik.“

Ratspräsident Hugo Halter: Das war ein perfektes Votum, du hast sehr viel gelernt. Herzlichen Dank Ruth.

Ratspräsident Hugo Halter: Ab nächster Sitzung wird Franziska Zürcher das Protokoll führen. Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann wird an der nächsten GGR-Sitzung vom 10. April 2018 die Sitzung leiten. Ratspräsident Hugo Halter wünscht ihm viel Freude und noch mehr Erfolg und spannende Traktanden. Damit schliesst Ratspräsident Hugo Halter die heutige Sitzung und wünscht allen schöne Ostertage.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 10. April 2018, 17.00 Uhr

Für das Protokoll

Martin Würmli, Stadtschreiber